

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Programm für die Kommunalwahl 2011

FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE, ÖKOLOGISCHE, SOZIALE, WIRTSCHAFTLICHE UND KULTURELLE ENTWICKLUNG MARBURGS

Inhalt

Präambel	2
Stadt der Bürgerinnen und Bürger	4
Nachhaltige Stadtentwicklung	7
Ökonomische Zukunftsfähigkeit	12
Natürliche Lebensgrundlagen	19
Alternative Mobilität	29
Stadt der Bildung	35
Stadt der Kultur	43
Stadt aller Generationen und der Solidarität.	45
Stadt des nachhaltigen Tourismus, der Freizeit und des Sports	53
Stadt der Kommunikation	56

Präambel

Wir wollen Marburg für die Zukunft nachhaltig gestalten– ökologisch, solidarisch, lebenswert. Dabei wird der Grüne Leitsatz „**Global denken – lokal handeln**“ unsere Kommunalpolitik weiterhin bestimmen. Wir wollen Verantwortung übernehmen für das Klima, die Umwelt, die Bildung, für soziale Gerechtigkeit vor Ort und anderswo. Unser Ziel ist eine auf die Zukunft gerichtete Entwicklung unserer Stadt bei gleichzeitiger Bewahrung des historischen Erbes und der Unverwechselbarkeit des Stadtbildes.

- Bezogen auf das Klima bedeutet dies: Wir setzen uns ein für den weiteren Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien, für sparsameren und effizienteren Verbrauch von Strom und Wärme und für flexible, umweltgerechte Mobilität.
- Nachhaltige Umweltpolitik bedeutet für uns GRÜNEN die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft, Flora, Fauna insgesamt zu schützen, als Voraussetzungen für ein gesundes Lebensumfeld und eine gesunde Ernährung aus der Region. Die Beseitigung der Parkplätze am Lahnufer und die Renaturierung der Lahnaue waren ein wichtiger Schritt der letzten Legislatur.
- Wir wollen Marburg als herausragende „Stadt der Bildung“ weiterentwickeln. Das heißt für uns: weiterer Ausbau der frühkindlichen Förderung in Krippen und Kindertagesstätten, chancengleiche, der jeweiligen Begabung entsprechende Bildung für alle SchülerInnen. Sicherung der Attraktivität Marburgs als Universitätsstandort für Studierende und WissenschaftlerInnen sowie die Ermöglichung lebenslangen Lernens.
- Für uns bedeutet Zukunftstauglichkeit auch Stärkung der Solidarität in einer durch Vielfalt der Herkunft und der Fähigkeiten geprägten Stadt. Wir wollen dazu beitragen, dass alle BürgerInnen die Chance haben, selbstbestimmt zu leben und ihren Platz in Beruf und Gesellschaft zu finden. Wir setzen uns ein für soziale Integration und die Verhinderung von Armut, auch jenseits unserer Stadtgrenzen.
- Nachhaltige Politik kann nur stattfinden, wenn BürgerInnen aller Milieus in die Entscheidungen über die Entwicklung unserer Stadt einbezogen werden und Mitgestaltungsmöglichkeiten haben. Wir wollen dazu beitragen den Widerspruch zwischen sinkender Wahlbeteiligung (vor allem bei den Kommunalwahlen) und zunehmenden Bürgerprotesten zu beseitigen und vor allem jene mit einbeziehen, die es nicht gewohnt sind, lautstark ihre Stimme zu erheben.

DIE GRÜNEN haben in den letzten 5 Jahren (wie in den 25 Jahren zuvor) deutlich sichtbare Gestaltungsspuren in Marburg hinterlassen:

- ✓ im Erhalt des historischen Stadtbildes und den sensiblen Modernisierungen,
- ✓ in der hessenweit anerkannten Vielfalt innovativer und vorbildlicher sozialer Einrichtungen,
- ✓ in der hessischen Spitzenrolle beim Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren und der Ganztagsversorgung im Kita-Bereich,
- ✓ im weiten Spektrum kultureller und soziokultureller Initiativen und Vereine,
- ✓ in der Auszeichnung Marburgs als Stadt des fairen Handels 2009 bis 2011,
- ✓ im Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Radwegenetzes und der Entwicklung von Zukunftskonzepten der Mobilität,
- ✓ bei der Renaturierung der Lahn in der Innenstadt und außerhalb,
- ✓ in der Sensibilisierung und Schaffung von Grundlagen für eine umfassende Nutzung regenerativer Energien,

- ✓ in der Beteiligung der BürgerInnen an der Mitgestaltung und an der Mitverantwortung für die Lebensqualität unserer Stadt.

Wie Marburg in Zukunft aussehen wird, unter welchen Bedingungen wir leben und arbeiten, lernen, wohnen, Kinder erziehen und älter werden, wird ganz wesentlich von den Entscheidungen der gewählten VertreterInnen und von der Mitwirkung der BürgerInnen bestimmt.

Das GRÜNE Wahlprogramm enthält unsere Vorschläge dafür, wie wir die Zukunft unserer Stadt in den nächsten fünf Jahren gemeinsam mit Ihnen gestalten wollen. Helfen Sie mit, mischen Sie sich ein und geben wählen Sie uns!

Stadt der Bürgerinnen und Bürger

Marburg - wie es heute ist und morgen sein wird - hat viele Mütter und Väter: die Verwaltung mit dem Magistrat, die gewählten Stadtverordneten, die BürgerInnen und die Organisationen, Vereine, Verbände und die Unternehmen. Zwar haben die Stadtverordneten als direkt gewählte VertreterInnen eine besondere Aufgabe, die sie ohne Rückkopplung an die MarburgerInnen aber nur ungenügend wahrnehmen können.

Denn bei den BürgerInnen gibt es hohe Fach- und Kreativitätspotentiale, die der Stadt zugute kommen sollten, auch deshalb, weil es für die Weiterentwicklung und Gestaltung unserer Stadt nicht nur einen Weg gibt. Welcher Weg eingeschlagen wird, darüber muss immer wieder diskutiert, gestritten und entschieden werden. Und je mehr in diesen Prozess gleichberechtigt eingebunden sind, je mehr sich an dieser lebendigen Demokratie beteiligen, desto eher können sich die BürgerInnen mit unserer Stadt identifizieren. Und desto eher sind sie auch bereit, Verantwortung für die Ausgestaltung, für das Zusammenleben, für die Kultur, für die Unterstützung Hilfe bedürftiger u.a. zu übernehmen. Die Lebensqualität unserer Stadt ist abhängig von einer solchen Beteiligung.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN haben sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Chancen und Möglichkeiten der Beteiligung und Mitwirkung der BürgerInnen und der Organisationen zu verstärken. Bei wichtigen stadtentwicklungspolitischen Projekten, vor allem im Baubereich, werden bereits jetzt die BürgerInnen informiert und zu kritischen Stellungnahmen und eigenen Vorschlägen eingeladen. Darüber hinaus geht es uns darum, nicht nur die ‚üblichen Verdächtigen‘ zu erreichen, sondern die Menschen, die es unmittelbar betrifft. Der Weg zu gemeinsamen Lösungen ist nicht einfach, das zeigt Stuttgart 21. Das Verhältnis zwischen parlamentarischer und direkter Demokratie ist nicht konfliktfrei, denn:

- am Ende steht nicht immer ein Konsens
- die Kommunikation und die wechselseitige Akzeptanz setzt ein gemeinsames Verständnis der jeweiligen Rollen voraus
- viele BürgerInnen beteiligen sich nicht, entweder weil sie sich nicht zugehörig oder verantwortlich fühlen, oder weil ihnen eine Teilnahme gar nicht möglich erscheint, oder weil sie daran gehindert werden
- Mehrheitsentscheidungen spiegeln nicht immer das fachlich wünschenswerte Ergebnis wider
- die besonderen Interessen einer Mehrheit (z.B. eines Ortsteils) entsprechen nicht automatisch dem Gemeinwohl (z.B. der Gesamtstadt), vor allem dann nicht, wenn die Rechte von Minderheiten ignoriert werden
- für die Entscheidungsfindung darf der aktuelle Bedarf nicht die alleinige Grundlage sein
- es müssen auch zukünftige Entwicklungen und Auswirkungen mit bedacht werden, vor allem hinsichtlich:
 - des demografischen Wandels mit seinen vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Folgen,
 - des Klimawandels mit seinen Folgen für das Stadtklima,
 - des Ressourcenverbrauchs mit seinen Folgen für die Flächenentwicklung,
 - der begrenzten finanziellen Spielräume der Stadt und des Landkreises mit ihren Folgen für die Sicherung bzw. Erweiterung der Daseinsvorsorge vor allem sozial Benachteiligter,
 - der Bereitstellung gleicher Bildungschancen und –angebote für alle BewohnerInnen,
 - der wachsenden Vielfalt der BewohnerInnen bezüglich ihrer Herkunft, ihrer kulturellen und religiösen Identität.

Im Bewusstsein dieses Spannungsfeldes wollen wir GRÜNEN die Voraussetzungen für eine verstärkte Teilnahme an offenen und transparenten Meinungsbildungsprozessen und für bessere Mitwirkungsmöglichkeiten gestalten.

Dazu gehört einerseits der regelmäßige Gedankenaustausch mit den Organisationen, die das Leben der Stadt mitgestalten: mit den Kulturverbänden und –initiativen, mit den Gemeinwohl- und Jugendorganisationen, mit den Freizeit- und Sportorganisationen, mit den Naturschutz- und Umweltverbänden.

Andererseits geht es um eine verstärkte Einbindung der Marburger BürgerInnen bei der Entscheidungsfindung (1), bei der Mitgestaltung (2) und durch die Bürgerorientierung der Verwaltung (3):

1. Die repräsentativen und formellen Entscheidungsformen sollen durch neue oder erweiterte Formen der Beteiligung ergänzt werden, die zu einem Mehr an direkter Demokratie führen. Ziel ist die engere Zusammenarbeit der administrativen und kommunalpolitischen Akteure mit lokalen Initiativen, Vereinen und Institutionen und BürgerInnen. In Marburg gibt es dafür gelungene und ergebnisreiche Beispiele, z.B. die Campus-Planung, an die wir anknüpfen wollen.

Wir GRÜNEN wollen

- die bereits gegebenen Möglichkeiten der Bürgermitwirkung stärker nach außen kommunizieren;
 - Bürgereingaben in den parlamentarischen Prozess der Stadtverordnetenversammlung ermöglichen;
 - die kommunikativen und kooperativen (Planungs-) Prozesse und die gemeinsame, projektbezogene Festlegung von Entscheidungs- und Verfahrensregeln verbessern; dies gilt auch für die Zusammenarbeit der Ortsbeiräte mit den BürgerInnen;
 - die Ortsbeiräte in ihren formalen Mitwirkungs- und Entscheidungsspielräumen und in ihrer Funktion als Multiplikator und Mittler stärken;
 - eine Aufgabenteilung und Delegation von Verantwortlichkeiten bei Projekten ermöglichen und transparent machen;
 - Bürgerinitiativen, die im Einklang mit unseren ethischen Zielen stehen, ernst nehmen und unterstützen;
 - uns für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide offensiv einsetzen;
2. Bürgerbeteiligung heißt nicht nur Teilhabe an Entscheidungen, sondern auch verantwortliche Mitwirkung an der Gestaltung. Deshalb ist es unser Ziel, stabile Rahmenbedingungen für freiwillig und ehrenamtlich Engagierte zu schaffen, die sich selbstbestimmt und unentgeltlich, meist gemeinsam mit anderen außerhalb ihrer Familie zum Wohle Dritter und für unsere Stadt einsetzen. Dieses Engagement und die damit verbundene Kreativität und Innovationskraft soll wesentliches Element der Marburger Bürgergesellschaft sein. Es soll und kann Arbeitsplätze nicht ersetzen, es erbringt vielmehr einen eigenen Beitrag für ein solidarisches Zusammenleben und für die Lebens- und Wohnqualität Marburgs.

Schon heute sind viele BürgerInnen ehrenamtlich/bürgerschaftlich aktiv, u.a. unterstützt durch die FAM, die Marburger Freiwilligenagentur. Die bestehende Vielfalt der Aktionsfelder und –räume sind eine gute Grundlage dafür, die vorhandene Engagementbereitschaft der BürgerInnen vermehrt zu aktivieren. Wir wollen dazu bei-

tragen, dass Engagement sichtbar gemacht wird, dass diese Leistungen verstärkt auch öffentlich anerkannt werden und dieses Potential weiter entwickelt wird, auch durch eine Stärkung der Mitgestaltungsmöglichkeiten und Eigenverantwortlichkeit der Akteure.

Wir GRÜNEN wollen

- verbesserte Rahmenbedingungen für Engagement, z.B. durch mehr Informationen über mögliche Engagementfelder, durch gezielte Qualifizierung, durch neue Formen der Anerkennung der Tätigkeiten (es müssen nicht immer Orden und Ehrenzeichen sein!), durch Unterstützung von Vereinen in der Werbung und Betreuung ihrer Freiwilligen;
 - die Arbeit von Vereinen, Netzwerken und Kooperationen für die Gestaltung einer lebenswerten Stadt unterstützen, auch mit dem Ziel, dezentrale Stadtteilangebote zu sichern;
 - die BürgerInnen ermutigen, Probleme selbst in die Hand zu nehmen;
 - Marburger Unternehmen noch stärker für die Unterstützung der Engagementkultur der Stadt gewinnen;
 - private Akteure partnerschaftlich in die Umsetzung öffentlicher Aufgaben einbeziehen, ohne die gesetzliche Verantwortung dafür aufzugeben;
 - die Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur Marburg und anderen Freiwilligenorganisationen ausbauen und zu ihrem nachhaltigen Bestand beitragen;
 - die Selbsthilfegruppen weiterhin unterstützen;
 - die Stadtteilinitiativen und lokale Bündnisse, Netzwerke und Kooperationen fördern.
3. Zwischen BürgerInnen und Stadtverwaltung darf es keine Kluft geben. Die Stadtverwaltung soll zu mehr Bürgerorientierung weiterentwickelt werden. Ziel ist, dass es der Verwaltung noch besser gelingt, Zufriedenheit mit den städtischen Dienstleistungen zu erreichen und als Partner die BewohnerInnen Marburgs über Mitgestaltungsmöglichkeiten zu informieren und sie als aktive MitgestalterInnen, als „Ko-ProduzentInnen“ für die kommunale Entwicklung anzusprechen und zu gewinnen.

Wir GRÜNEN wollen

- Qualitätsstandards für den Umgang mit BürgerInnen verbessern und die Qualifizierung der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung weiterentwickeln;
- die Information der BürgerInnen durch Verwaltung und Politik verbessern;
- die Einbindung in das CIVITAS-Netzwerk „Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland“ und Auswertung des Projektes im Hinblick auf Übertragung der Qualitätskriterien auf Marburg;
- eine formelle Mitgliedschaft und Mitarbeit der Stadt beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement;
- weitere Entbürokratisierung zur Effektivierung von Planungsvorgängen.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Marburg ist eine liebenswerte, wunderschöne, alte und zugleich moderne Stadt, in der es sich gut leben lässt. Vor allem die Kernstadt zeichnet sich aus durch unverwechselbare historische Gebäude und am menschlichen Maßstab orientierte Häuser, wie durch das Nebeneinander von Wohnen, Arbeiten, Studieren und Leben. Mit der kompakten, überschaubaren Struktur ist Marburg eine Stadt der „schönen Sichten“, „der kurzen Wege“ und der vielfältigen Begegnungsmöglichkeiten. Marburg ist mit seinen verschiedenen Stadtvierteln und Außenbezirken aber auch eine grüne Stadt, mit je eigenen Identitäten und naturnahen Wohnmöglichkeiten. Diese lebendige Vielfalt und hohe Qualität ist unser Maßstab. Sie sind für uns eine große Verpflichtung, für die Zukunft der Stadt auf moderne, ökologische und soziale Ideen, Planungen und Architektur zu setzen: bei den neuen Projekten der Stadtentwicklung, der Erhaltung denkmalgeschützter Objekte, den Einzelprojekten im Kernstadtbereich sowie bei Maßnahmen in den einzelnen Stadtbezirken und beim Wohnungsbau.

1. Marburg ist im Umbruch. Die wichtigsten Projekte der Stadtentwicklung in den nächsten Jahren sind:

Gestaltung des neuen Universitätscampus Innenstadt mit dem Bau der neuen Zentralen Universitätsbibliothek (UB) am Alten Botanischen Garten;

Bau des neuen Gebäudes des „Deutschen Sprachatlas“ auf dem ehemaligen Brauereigelände am Pilgrimstein;

Neubau des Fachbereichs Chemie auf den Lahnbergen;

Umbau der Stadthalle zu einem modernen, multifunktionalen Veranstaltungszentrum mit neuen Veranstaltungsräumen für den Kulturladen KFZ;

Entwicklung des Nordviertels und der ehemaligen Bahnliegenschaften am Fuße des Ortenbergs mit dem Waggonhallenareal;

Umstrukturierung des Bereichs Universitätsstraße, Gutenbergstraße und Schulstraße (Allianzhaus).

Die städtebauliche Planung muss allen Lebenslagen der BürgerInnen gerecht werden. Dabei spielt Barrierefreiheit eine große Rolle, die Vielen nutzt und Niemandem schadet. Neben der Pflege des historischen Stadtbildes sind neue Wege in der Stadtgestaltung erforderlich, die von den Bedürfnissen der hier lebenden Menschen und einem Gleichgewicht zwischen ökonomischer Machbarkeit und Sinnhaftigkeit, ökologischer Verträglichkeit und sozialer Ausgewogenheit geprägt sind.

Wir GRÜNEN wollen

- bei der Realisierung dieser Projekte die vorhandenen Qualitäten unserer Stadt auf hohem Niveau weiterentwickeln;
- dafür Sorge tragen, dass das historische Stadtbild nicht beschädigt wird;
- dass gleichzeitig die Aspekte des sozialen Zusammenlebens und der Barrierefreiheit berücksichtigt werden;
- und die hohe Lebensqualität sowie gesunde Lebensverhältnisse nicht beeinträchtigt werden;
- die zukünftigen Generationen durch Folgekosten nicht überfordern;

- uns deshalb mit aller Kraft dafür einsetzen, dass Magistrat und Parlament ihre Planungshoheit aktiv nutzt, um die besondere Qualität, die Marburg auszeichnet, kreativ weiterzuentwickeln;
- dafür Sorge tragen, dass in allen Planungsphasen eine umfängliche Beteiligung und Mitentscheidung der BürgerInnen stattfindet und die Veränderungen der nächsten Jahre für Alle transparent und nachvollziehbar werden, durch Bürgerversammlungen, kreative Workshops u.a.;
- Initiativen und die „Agenda 21“ Arbeitsgruppen als Partner im Stadtentwicklungsprozess beteiligen.

2. Baumaßnahmen orientieren an Ästhetik, Sensibilität und Augenmaß

Baumaßnahmen müssen mit dem in Marburg gebotenen Maß an Ästhetik, Sensibilität und Augenmaß erfolgen. Insbesondere die vielen stadtbildprägenden Ensembles und denkmalgeschützten Einzelbauten bedürfen einer besonderen Berücksichtigung bei künftigen Planungs- und Bauvorhaben. Um eine hochwertige Baukultur abzusichern und weiterzuentwickeln sind abgestimmte und professionelle Arbeitsstrukturen des Denkmalbeirats wie des Gestaltungsbeirats erforderlich. Die GRÜNEN haben mit dem „Beirat für Stadtgestaltung“ Fach- und Kreativitätspotentiale für die Stadt mobilisiert. Dieses von uns in Hessen erstmals eingesetzte Fachforum aus unabhängigen ExpertInnen berät die Gremien der Stadt bei ihren städtebaulichen Planungen. Die Erfahrungen zeigen, dass dieser ehrenamtlich tätige Beirat mit seinen Vorschlägen zur Bauästhetik, zur Aufwertung städtischer Quartiere, zur baulichen Verdichtung sowie zur stilvollen Einordnung moderner Architektur in das historische Stadtbild unverzichtbar für die Qualität der Stadtplanung und Stadtentwicklung geworden ist. Die gewachsenen Anforderungen an den Beirat machen eine Erweiterung seiner Handlungsmöglichkeiten notwendig. Im Haushalt 2010/11 wurden erstmals seit langem wieder Mittel für denkmalpflegerische Maßnahmen außerhalb des Sanierungsgebietes bereit gestellt. Dies soll auch für die folgenden Jahre gewährleistet sein, um EigentümerInnen von denkmalgeschützten Liegenschaften wirksam zu unterstützen und ein Ansteigen der Mieten zu begrenzen.

Wir GRÜNEN wollen

- den Beirat für Stadtgestaltung weiterentwickeln und mit einem eigenen Budget ausstatten (z.B. um bei größeren und komplexen Bauprojekten eigenständig zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsleistungen veranlassen zu können)
- dem Beirat Darstellungsmöglichkeiten seiner Arbeit eröffnen (Protokollierung und Archivierung, sowie Darstellung der verschiedenen Beratungs- und Umsetzungsprozesse bei den Bauvorhaben - soweit dies rechtlich möglich ist)
- eine konstruktive Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Architektur in Marburg durch Informations- und Diskussionsplattformen
- Mittel für denkmalpflegerische Maßnahmen außerhalb des Sanierungsgebietes bereit stellen, um Wohnraum in Denkmal geschützten Gebäuden zu sanieren.

3. Bahnhofsviertel/Nordstadt/Allianzhaus

Vor allem im Bahnhofsviertel und in der Universitätsstrasse werden wichtige bauliche Maßnahmen realisiert.

In der Nordstadt vollzieht sich ein begrüßenswerter Prozess. Nach der Aufnahme des Viertels in das Stadterneuerungsprogramm haben nun endlich der Umbau des

Bahnhofs und die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes begonnen. Gleichzeitig wird ein Verwaltungs- und Kongresszentrum der DVAG gebaut. Mit diesen Vorhaben muss u.E. verbunden sein, dass die Qualitäten dieses Stadtbezirks mit einem breit gefächerten Einzelhandels- und Dienstleistungsangebot sowie Wohnraumangeboten nachhaltig verbessert werden. Dazu zählt für uns auch die Neugestaltung und Begrünung von Straßen und Plätzen, um für AnwohnerInnen und BesucherInnen die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Neben der sanierungstechnischen Wohnraumverbesserung soll mit der bauleitplanerischen Ausweisung von neuen Bauflächen das Angebot an preisgünstigem, familienfreundlichem, studentischem und barrierefreiem Wohnraum vergrößert werden. Damit einhergehen soll die Schaffung von begrünten Blockinnenbereichen, die ein geschütztes und erholsames Wohnen gewährleisten können. Wir setzen uns für den Erhalt des selbst verwalteten Studierenden-Wohnprojektes „Bettenhaus“ ein und fordern, dass das Land Hessen und die Stadt Marburg die notwendige Sanierung finanziell unterstützt.

Wichtig in diesem Bezirk ist auch die Neuordnung und Umnutzung der nicht mehr benötigten Bahnliegenschaften. Die städtebaulich wertvollen Areale sind für die Stadt eine einmalige Entwicklungschance. Die bereits vorliegenden Überlegungen und Studien müssen im Dialog mit BürgerInnen und potentiellen Nutzergruppen dringend öffentlich erörtert, fortentwickelt und durch eine offensive Erwerbs- oder Vermittlungspolitik Schritt für Schritt realisiert werden.

Wir GRÜNEN wollen

- verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesem Stadtbezirk von Anfang an forcieren;
- dafür Sorge tragen, dass preisgünstige Wohnmöglichkeiten in sanierten Wohnungen für die derzeitigen Bewohnergruppen bestehen bleiben und neuer preisgünstiger Wohnraum geschaffen wird;
- die energetische Sanierung des „Bettenhauses“ und die Kontinuität der studentischen Selbstverwaltung sichern;
- die dringend überfällige Entwicklung des Bahngeländes für kulturelle, gewerbliche und andere Zwecke vorantreiben.

Die Neugestaltung des Allianzhauses im Bereich der Universitätsstraße / Gutenbergstraße muss in direkter Verbindung mit der Sicherung einer lebendigen Oberstadt stehen. Der Erhalt der Oberstadt als Wohn- und Einkaufsbereich kann in seiner für Marburg herausragenden Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Bauvorhaben ist deshalb immer in diesem Zusammenhang zu sehen: als Ergänzung des kleinteiligen Einzelhandelsangebotes der Oberstadt und in enger Verbindung mit ihr. Das neue Allianzhaus darf keine überdimensionierte und sich quasi ‚selbstgenügsame‘ Einkaufsinsel mit allen erforderlichen Alltagsgütern werden, sondern sich seinem Umfeld öffnen und eine Brückenfunktion für die Oberstadt übernehmen. Dazu beitragen könnte das derzeitige Vorhaben, den Fachbereich Jura in das Gebäude zu integrieren. Die Marburger Grünen haben bisher erfolgreich dazu beigetragen große Märkte in Außenbezirken zu verhindern und den innerstädtischen Einzelhandel zu stärken. In diesem Sinne wollen wir auch auf dieses neue Projekt Einfluss nehmen. Das gilt auch für die verkehrliche Anbindung. Es darf keine höheren Verkehrsbelastungen in diesem Bereich geben und nicht mehr Parkflächen entstehen als jetzt vorhanden sind.

Wir GRÜNEN wollen

- den politischen Entscheidungsspielraum nutzen, für eine an der Oberstadt und der Umgebung orientierte Ergänzung des Kaufangebots;
- die Anzahl von Parkflächen auf die bisher dort bestehenden begrenzen.

4. Stadtteile mit eigener Infrastruktur

Wir setzen auch in Zukunft auf starke Stadtteile/ -bezirke mit eigener Infrastruktur und gewachsenen Strukturen. Das Leben in den Stadtteilen muss für Studierende, Familien mit Kindern, für Seniorinnen und Senioren, für in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen, d.h. für alle Generationen und Gruppen der Gesellschaft attraktiv sein. Wir wollen deshalb die Stadtteile in den Bereichen Wohnen, Leben, Einkaufen und Arbeiten weiter stärken, um weite Wege zu verhindern. Wichtig ist uns hier die Sicherung und der Ausbau einer wohnortnahen Infrastruktur mit Einkaufsmöglichkeiten, ambulante und stationäre Pflegemöglichkeiten usw. Für den Bezug zur Gesamtstadt sind die Sicherung und der Ausbau einer umweltverträglichen Verkehrsanbindung der Stadtteile an die Innenstadt erforderlich.

Die Stadt Marburg versucht mit einem Flächen- und Gebäudemanagement unter dem Schwerpunkt „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ dem drohenden Leerstand in Ortskernen in den Außenstadtteilen zu begegnen. Wir wollen, dass dieser Weg weiter gegangen wird, da so unnötiger Flächenverbrauch verhindert und wertvolle Böden erhalten werden können. Vor allem aber bietet sich so die Chance, die historischen Kerne unserer Stadtteile für Wohnnutzung attraktiv zu halten und für einen Neuzuzug attraktiv zu machen. Es ist unsinnig, Neubaugebiete und unbebaute Flächen im Innenbereich zu bebauen, wenn gleichzeitig ältere Liegenschaften nach und nach immer weniger genutzt werden.

In Stadtteilen mit einer schwierigen sozialen Struktur müssen die Wohn- und Lebensbedingungen weiter verbessert werden. Insbesondere wollen wir auch die positive Entwicklung der letzten Jahre am Richtsberg, im Waldtal und im Stadtwald weiter unterstützen. Besondere Priorität in diesem Zusammenhang hat auch die Weiterführung des Programms „Soziale Stadt“. Wir GRÜNEN wollen, dass die in der städtebaulichen Rahmenplanung Ockershausen entwickelten Ziele schrittweise umgesetzt werden und die dort empfohlene Erarbeitung einer Entwicklungskonzeption in Angriff genommen wird. Hierzu gehört auch, das Wohnumfeld für Kinder und Jugendliche und die Anbindung an die Stadt besser zu gestalten.

Wir GRÜNEN wollen

- wohnortnahe Infrastrukturen erhalten bzw. wiederherstellen;
- die Nutzung leer stehender Häuser in den Ortskernen attraktiver machen;
- unnötigen Flächenverbrauch und die damit einhergehende Versiegelung verhindern;
- die sozialstrukturelle Bedingungen in den Stadtteilen Stadtwald und Waldtal weiter verbessern, wie dies im Zusammenhang mit dem Programm „Soziale Stadt“ am Richtsberg erfolgreich geschah.

5. Neuen Wohnraum schaffen, vorhandenen besser und gerechter nutzen

Der vorhandene Wohnraum muss besser, effektiver und gerechter genutzt werden, zusätzlich muss neuer Wohnraum geschaffen werden. GRÜNES Ziel ist es, dafür ein Kommunales Handlungskonzept Wohnen auszuarbeiten, bei dem die folgenden Schwerpunkte berücksichtigt sind:

Als Universitätsstadt benötigt Marburg dringend mehr preiswerten Wohnraum für eine wachsende Anzahl von Studierenden. Dazu gehören sowohl Wohnheime wie private Zimmer, Wohnungen für Wohngemeinschaften, aber auch innovative Formen studentischen Wohnens wie „Alt-Jung-Projekte“, selbst organisierte Projekte usw. Ein erster Schritt zur Unterstützung bei der Wohnungssuche soll eine Internet-Plattform „Marburger Wohnungsbörse“ sein, auf der Studierende inserieren und Vermieter ihre Wohnungsangebote platzieren können. Bei der künftigen Nutzung des Kreis-Job-Center (KJC) Gebäudes an der Uferstraße müssen u.E. die Bedürfnisse der Studierenden berücksichtigt werden. Neben der Sanierung des Bettenhauses (s.o.) ist bei der Entwicklung des Nordviertels studentischer Wohnraum zu entwickeln, z.B. könnten im Bereich Ernst-Giller- Straße auch Sanierungs- und städtische Mittel eingesetzt werden.

Preiswerte und barrierefreie Wohnungen für ältere und behinderte Menschen in den Stadtquartieren sind in Marburg zunehmend Mangelware. Für uns GRÜNEN müssen dringend in Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften für diese Personengruppe angemessene Wohnungen geschaffen werden. Darüber hinaus soll im Rahmen des Projekts „Wohnungstausch“ darauf hingewirkt werden, dass ältere Menschen, die inzwischen alleine in großen, in Teilen ungenutzter Wohnungen oder Häuser leben, diese mit attraktiven kleineren Wohnungen tauschen können. Für junge Familien schafft dies Möglichkeiten für stadtnahes Wohnen. Ein kommunales Handlungskonzept Wohnen muss auch Modelle autofreien bzw. stellplatzfreien Wohnens umfassen, wie auch genossenschaftliche Projekte und Baugruppen. Fördern wollen wir auch innovative Ideen für preisgünstigen Miet- und Eigentumswohnbau, insbesondere für Familien mit geringerem Einkommen. Gleiches gilt für integrative Wohnformen von Jung und Alt. Wir setzen uns dafür ein, dass es in den Stadtquartieren preisgünstigen Wohnraum für Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, Altersgruppen und Nationalitäten gibt. Deshalb werden wir auch am sozialpolitischen Auftrag an die GeWoBau festhalten und eine renditeorientierte Geschäftspolitik nicht zulassen.

Wir GRÜNEN wollen

- uns für eine Internetplattform „Marburger Wohnungsbörse“ einsetzen
- die Ausweitung des Wohnungsangebots für Studierende vorantreiben
- in Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften den Bedarf an preiswerten barrierefreien Wohnungen decken
- dafür Sorge tragen, dass für Personen und Familien mit geringerem Einkommen hinreichend angemessener Wohnraum zur Verfügung steht
- innovative Wohnformen unterstützen und fördern, die intergeneratives und nachbarschaftliches Wohnen realisieren wollen.

Ökonomische Zukunftsfähigkeit

Die ökonomische Zukunft unserer Stadt ist einerseits abhängig vom Umfang und der Art des wirtschaftlichen Lebens und der Beschäftigungschancen für die BewohnerInnen. Andererseits ist es für die ökonomische Zukunft der Stadt von Bedeutung, wie die öffentlichen Leistungen finanziert werden, d.h. von der Gestaltung des städtischen Haushalts.

1. Städtischer Haushalt

Beim städtischen Haushalt orientiert sich die GRÜNE Haushalts- und Finanzpolitik an ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen. Diese von GRÜNEN geprägte städtische Haushalts- und Finanzpolitik wollen wir in den nächsten Jahren fortsetzen. Für uns GRÜNEN gilt der Grundsatz: wir dürfen unsere Schulden nicht den kommenden Generationen aufbürden. Dazu können Schuldenbremsen ein wirksames Mittel sein, nicht jedoch in der Form, wie dies von Bund und Land praktiziert wird: um ihre Schulden einzuschränken verlagern sie immer neue Aufgaben auf die Kommunen und bluten diese damit finanziell aus.

Städtische Haushalts- und Finanzpolitik erfordert hohes Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß. Wie in der Vergangenheit ist es GRÜNES Hauptziel, für ein Gleichgewicht zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben der Stadt zu sorgen. Mit einem ausgeglichenen Haushalt können wir auch verhindern, dass das Regierungspräsidium unsere Handlungsfreiheit durch Auflagen einschränkt und damit unser hohes Niveau an freiwilligen Leistungen für den sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich beeinträchtigt.

Auch die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Steuern, Entgelte und Gebühren soll auf das notwendige Maß beschränkt bleiben.

Dank GRÜNER Mithilfe ist die finanzielle Situation der Stadt Marburg noch zufriedenstellend und im Vergleich zu anderen Kommunen beispielhaft gut. Hohe Gewerbesteuererinnahmen und eine vorausschauende Finanzpolitik haben es der Koalition ermöglicht, in den letzten Jahren Schulden abzubauen und ein Polster an finanziellen Rücklagen anzulegen.

Diese günstige Situation kann sich schnell ändern: die Höhe der Einnahmen bei der Gewerbesteuer ist nicht planbar und Land und Bund verlagern zunehmend Aufgaben auf die Kommunen ohne entsprechende Gegenfinanzierung. Gegen steigende Sozialausgaben für die wachsende Zahl sozial benachteiligter Menschen, andere gesellschaftliche Entwicklungen und gegen einbrechende Steuereinnahmen ist Marburg, wie fast alle deutschen Städte, machtlos.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit muss auch der städtische Haushalt auf Sparpotentiale überprüft werden. Aufgabenkritik, Synergieeffekte durch Aufgabenbündelung, Einsparungen bei neuen Großprojekten und energetische Sanierungen sind Instrumente um laufende Kosten zu senken. Durch gezielte Einsparungen sollte die finanzielle Lage der Stadt verbessert werden. Dabei müssen die Sparmaßnahmen aber grundsätzlich auch in Hinblick auf ihre sozialen und ökologischen Folgen betrachtet und sorgfältig abgewogen werden.

Sparen ist für uns kein Selbstzweck. Deshalb bedeutet GRÜNE Haushalts- und Finanzpolitik auch, dass wir für das soziale Leben der Stadt, für Bildung und Kultur, für den Erhalt der Umwelt und wichtige notwendige Zukunftsinvestitionen weiterhin Geld ausgeben werden.

Wir GRÜNEN wollen

- soweit als möglich die Schulden abbauen und zugleich ausgeglichene Haushalte verabschieden;

- Sparpotentiale identifizieren und Synergieeffekte nutzen;
- laufende Kosten für Energie u.a. durch energetische Sanierungen langfristig senken;
- bei aller Sparsamkeit die Zukunftsinvestitionen für Bildung, Umwelt und Kultur nicht aus dem Blick verlieren.

2. Förderung der Beschäftigung und Reduzierung der Erwerbslosigkeit

Für eine ökonomische Zukunftsfähigkeit ist die Förderung der Beschäftigung und die Reduzierung der Erwerbslosigkeit eine zwingende Bedingung. Wir GRÜNEN setzen uns für ein ökologisch und sozial verträgliches Wirtschaften ein, das allen Erwerbsfähigen einen Arbeitsplatz und ausreichendes Einkommen sichert, um die persönlichen und beruflichen Lebensperspektiven realisieren zu können.

Es darf nicht sein, dass viele Menschen sehr lange erwerbslos sind und ein Wiedereinstieg für sie mehr und mehr aussichtslos wird. Es darf nicht sein, dass die Erwerbslosigkeit unter Jugendlichen so hoch ist wie derzeit, verstärkt auch junge Menschen nach einem erfolgreichen Studium keinen Arbeitsplatz finden, Frauen oft wieder in die alte Rolle gedrängt werden. Es darf nicht sein, dass mit Leiharbeit und Lohndumping Arbeitnehmerrechte eingeschränkt werden. Soweit Kommunalpolitik darauf Einfluss nehmen kann, setzen sich die Marburger GRÜNEN für die Reduzierung der Erwerbslosigkeit, für eine gezieltere Förderung von Langzeiterwerbslosen und dafür ein, dass alle Jugendlichen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

Vor allem für benachteiligte junge Menschen müssen nicht nur genügend Ausbildungsplätze gefunden werden. Für sie muss rechtzeitig, d.h. noch während der Schulzeit, eine gezielte individuelle Förderung erfolgen, sie muss, wenn dies erforderlich ist, die Jugendlichen bis zum Abschluss der Ausbildung begleiten und damit sicherstellen, dass sie eine langfristige Arbeitsperspektive haben.

Menschen, die von SGB II abhängig sind, leben am Rande des Existenzminimums. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die örtliche Sozialverwaltung alle gesetzlichen Möglichkeiten zugunsten der Betroffenen ausschöpft.

Damit die sogenannten 1-Euro-Jobs von Arbeitgebern nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden und die Einsätze auch für die Betroffenen von Nutzen sind, wurde auf Initiative der Marburger GRÜNEN ein Beirat geschaffen, der die Umsetzung des SGB II begleitet, Missbräuche verhindert und von Erwerbslosen bei problematischen Beschäftigungen angerufen werden kann.

Dass die Bundesregierung gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Einkommenssituation der Empfänger von SGB II nicht verbessert hat und gleichzeitig auch die Mittel für die Arbeitsförderung von Langzeitarbeitslosen drastisch gekürzt hat, ist ein Skandal. Stadt und Landkreis können hier leider nur begrenzt intervenieren. Die vorhandenen Einflussmöglichkeiten der Stadt als Jugendhilfeträger, als Arbeitgeber und ihre Kooperation mit Beschäftigungsgesellschaften sollen bei der Entwicklung neuer Strukturen für Langzeiterwerbslose und für die Entwicklung besserer Chancen für jugendlicher Arbeitslose allerdings genutzt werden.

Wir GRÜNEN wollen

- die gezielte Einzelförderung vor allem benachteiligter Jugendlicher für eine Ausbildung und die anschließende Beschäftigung ausbauen:
- in Kooperation mit den Beschäftigungsgesellschaften weiterhin Langzeitarbeitslose dabei unterstützen, einen dauerhaften Arbeitsplatz zu erhalten, trotz der Kürzungen durch die Bundesregierung;

- uns dafür einsetzen, dass die örtliche Sozialverwaltung alle gesetzlichen Möglichkeiten zugunsten der Betroffenen ausschöpft;
- auch für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Stadt erweitern.

3. Zukunftsfähiges Wirtschaften

Ein zukunftsfähiges Wirtschaftsleben ist in starkem Maße abhängig vom Umfang und besonders auch der Art der Produkte und Dienstleistungen.

Es entspricht dem GRÜNEN Grundverständnis, dass Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zwingend auf die Förderung zukunftsorientierter Branchen setzen muss. Zukunftsorientiert sind jene Branchen, die ein hohes nachhaltiges Wachstumspotential aufweisen, ökologisch und sozialverträglich produzieren und von denen Anreize zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgehen. Hierzu zählen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energien, der Gebäudesanierung und der Energieeffizienz. Für uns ist es selbstverständlich, dass der Marburger Mittelstand und das heimische Handwerk die Auftragnehmer bei den Maßnahmen des Klimaschutzes in der Stadt sein müssen.

Weil nicht zuletzt durch die Universität die Stadt über viel kreatives Potential verfügt, werden wir uns dafür einsetzen, die vielfältigen Kooperationen zwischen Universität, Stadt und der Privatwirtschaft zu intensivieren. Gründernetzwerke sollen weiter aktiv gefördert werden, damit neue Ideen und kreative Impulse für die Wirtschaft zum tragen kommen. Die Universität qualifiziert Nachwuchskräfte auch für die heimische Wirtschaft. Für dieses Potential muss die Stadt in Kooperation mit der Universität und den Wirtschaftsverbänden Synergien nutzen und Anreize setzen, die es jungen Menschen ermöglicht, nach ihrem Studium in Marburg wirtschaftlich aktiv zu werden, sei es in abhängiger Beschäftigung oder auf selbständiger Basis. Innovative Projekte und Initiativen müssen gezielte Unterstützung erhalten, damit aus ihnen Unternehmensgründungen und „Start-ups“ werden können, welche oft mit zusätzlichen neuen Arbeitsplätzen verbunden sind.

Wir GRÜNEN werden uns vor allem für innovative Ansätze im Bereich der Umwelttechnologie und der Gesundheitstechnologie einsetzen, die an bereits vorhandene Wirtschaftsschwerpunkte anknüpfen.

Bildung und Wissenstransfer sind bedeutende Standortfaktoren auch für die wirtschaftliche Entwicklung. Marburg ist bereits jetzt ein beliebter Kongressstandort. Wir GRÜNEN sehen aber weitere Potentiale für überregionale und internationale Kongresse, die in Kooperation mit der Universität ein stärkeres Gewicht erhalten müssen. Bei der Werbung dafür kann sich die Stadt auch auf andere wichtige Faktoren beziehen, wie das Stadtbild, die schöne Umgebung und das kulturelle Angebot.

Diese Faktoren sind insgesamt von Bedeutung für die Anwerbung neuer Unternehmen. Betriebe wollen ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften lokal decken und möchten für die Familien ihrer Angestellten ein attraktives Wohn-, Kinderbetreuungs-, Lern- und Lebensumfeld sicher gestellt sehen. (s. u.) Dafür muss offensiv gewoben werden.

Wir GRÜNEN wollen

- Unterstützung ortsansässiger Betriebe, die ökologisch und sozial produzieren;
- die starken Seiten Marburgs stärker sichtbar machen und zukunftsorientierte Unternehmen für Marburg gewinnen;

- die Potentiale der Universität für Kongresse und nachberufliche Bildung durch Organisationsangebote der Stadt besser nutzen;
- Gründernetzwerke weiter aktiv fördern.

4. Kommunale Unternehmen

DIE GRÜNEN setzen bei der Erreichung ihrer sozial- und klimapolitischen Ziele auch auf die kommunalen Unternehmen Stadtwerke Marburg (Energie und Mobilität), DBM (Abfall und Stadtreinigung), Sparkasse, GeWoBau (Wohnen), und Marburger Altenhilfe St. Jakob (Altenpflege).

Die Betriebe der kommunalen Gemeinwirtschaft verfolgen nicht ausschließlich wirtschaftliche Zwecke. Ihre Aufgabe besteht darin, für die Existenz des Einzelnen wie die Gemeinschaft grundlegende Dienstleistungen und Produkte ohne Gewinnabsichten bereit zu stellen. Diese Dienstleistungen betreffen die Bereiche Gesundheit und Pflege, Energie und Wasser, Abfall und Stadtreinigung, Mobilität und Wohnungen. Das Wirtschaften der kommunalen Betriebe ist am Gemeinwohl orientiert, die Unternehmensziele werden von der Stadtverordnetenversammlung mitbestimmt, die erzielten Gewinne fließen in die kommunalen Projekte zurück. Die Unternehmen dürfen kein Eigenleben führen. Wir GRÜNE N wollen wirtschaftlich arbeitende, sozial verantwortliche Unternehmen, keine Wirtschaftsunternehmen.

Stadtwerke Marburg

Bei den Stadtwerken Marburg wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien und den Eigenanteil bei der Erzeugung von Wärme und Strom steigern. Z.B. könnte durch entsprechenden Ausbau der Windkraft in Marburg 2/3 des Strombedarfs der Stadt selbst erzeugt werden.

Nur eine regionale Versorgung verschafft uns die Unabhängigkeit, die soziale Preise ermöglicht. Dafür ist der Ausbau der Kraftwerkskapazitäten erforderlich. Mit der Bewirtschaftung der regionalen Stromnetze legen wir das Fundament für den Ausbau regenerativer Energie.

Mit Blockheizkraftwerken (BHKW) kann der Primärenergiebedarf um mehr als ein Drittel gegenüber der getrennten Erzeugung von Wärme und Strom gesenkt werden. Sie können in Einkaufszentren, in Altenheimen und Krankenhäusern eingesetzt werden. Ihre verstärkte Nutzung in Mehrfamilienhäusern steht noch weitgehend aus. Hier sollten die Stadtwerke einsteigen und mit dafür Sorge tragen, dass die Preisvorteile durch einen niedrigeren BHKW-Wärme-Klima-Tarif an die Mieter weitergegeben werden.

Energieeinsparung ist auch durch den Einsatz hocheffizienter Heizungspumpen möglich. Viele Heizungspumpen sind zwar funktionstüchtig, arbeiten aber energetisch sehr schlecht und verbrauchen oft noch mehr Strom als Elektroherde. Die neusten Generationen verbrauchen bis zu 80% weniger Strom. Die Marburger GRÜNEN setzen deshalb auf ein Förderprogramm der Stadtwerke Marburg für Hocheffizienzpumpen.

Die Versorgung der ländlichen Regionen des Landkreises mit DSL geht auf eine Initiative der GRÜNEN zurück. Hier hat sich auch eine neue Infrastrukturdienstleistung der Stadtwerke Marburg etabliert, mit der inzwischen 2/3 der nicht oder schlecht durch die Deutsche Telekom angebotenen Gemeinden im Kreisgebiet mit FUNK-DSL versorgt werden. Bis Ende 2011 sollen alle Versorgungslücken geschlossen sein. Gleichzeitig wird zusammen mit anderen regionalen Akteuren die Anbindung über Glasfaserverbindungen vorbereitet. Sie sollen das Funknetz ab 2014 auch außerhalb der Kernstadt sukzessive ersetzen. In Marburg werden (z.B.

bei den Baumaßnahmen in der Universitätstraße) bereits immer mehr Häuser direkt an das Glasfasernetz angeschlossen.

Auch im Bereich des ÖPNV sind noch weitere Anstrengungen zur CO₂-Reduzierung möglich. Zwar ist auf Initiative der GRÜNEN die Busflotte weitgehend auf Erdgasfahrzeuge umgestellt, damit sind die Stadtwerke Spitzenreiter in Hessen, aber im Bereich der Klimaanlage steht die Umstellung auf klimaneutrale Kältemittel noch an.

Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg DBM

Der DBM ist ein Eigenbetrieb der Stadt Marburg mit den Aufgabenbereichen Straßendienst, Abfallentsorgung, Kanal und Gewässerunterhaltung sowie Grünflächen und Friedhofsunterhaltung. Wir GRÜNEN wollen den hohen qualitativen Standard der angebotenen Dienstleistungen erhalten und weiter optimieren. In diesem Kontext unterstützen wir die Bemühungen des DBM die interkommunale Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Im Bereich der Abfallbeseitigung unterstützen wir die zahlreichen Projekte, die zu einem bewußteren Umgang mit der Ressource Müll führen, wie z.B. der Einsatz von Müllberatern auf dem Richtsberg, die auf die richtige Trennung von Abfall hinweisen. Zur Sauberkeit der Stadt sollten jedoch mehr Abfallbehälter aufgestellt werden, insbesondere im Sommer auf den Lahnwiesen.

Auf Initiative der GRÜNEN sind vereinzelt Unterflurabfallbehälter eingeführt worden, die sich mittlerweile sehr bewährt haben, da der Müll nicht herausgeholt oder verweht werden kann. Wir GRÜNEN fordern diese verstärkt einzusetzen.

Sparkasse Marburg-Biedenkopf

Die GRÜNEN haben eine Privatisierung der kommunalen Sparkassen abgelehnt. Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf ist hervorgegangen aus den beiden Sparkassen des Landkreises und der 150 Jahre selbständig bestehenden Sparkasse der Stadt Marburg. Die Stadt ist zu 25 % daran beteiligt. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von den kommunalen Parlamenten gewählt. Die Sparkasse sollte neben der Förderung der kommunalen Belange im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich in Zukunft verstärkt auch die Förderung ökologischer Entwicklungen in der Region als ihre Aufgabe wahrnehmen.

Die Marburger GRÜNEN setzen sich für die paritätische Besetzung der Gremien der Sparkasse mit Frauen und Männern ein. Bei den durch die Stadtverordnetenversammlung zu besetzenden Sitzen im Verwaltungsrat, soll dies bei den nächsten Wahlen erfolgen.

GeWoBau Marburg

Die stadteigene gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau Marburg GmbH erbringt für Marburg wichtige Dienstleistungen als Vermieterin von Wohnungen und als Nutzerin ihres Immobilienbestandes für Maßnahmen des Klimaschutzes. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen dafür Sorge tragen, dass der Ausbau in beiden Bereichen verstärkt erfolgt.

Wir setzen uns dafür ein, dass es eine verbindliche Quote jährlicher Modernisierungen des Wohnbestandes gibt. Für uns GRÜNEN hat die GeWoBau als städtische Gesellschaft auch in besonderem Maße dafür Sorge zu tragen, dass in größerem Umfang als bisher bezahlbare barrierefreie Wohnungen im Kernstadtbereich geschaffen werden. Für Marburg ist Barrierefreiheit nicht nur aus demographischen

Gründen ein wichtiges Merkmal der Lebensqualität. Die Rendite des Unternehmens darf nicht Vorrang vor den sozialpolitischen Anforderungen haben.

Hinsichtlich des Klimaschutzes ist der Ausbau der solaren Stromerzeugung vorbildlich, die GeWoBau ist hier führend. Erheblicher Nachholbedarf besteht allerdings bei solarthermischen Anlagen und bei der Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung. Wir wollen einen klaren Klima-Fahrplan für die GeWoBau mit einem zügigen Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung und solarer Warmwasserversorgung, von dem auch die MieterInnen profitieren.

Marburger Altenhilfe St. Jakob

Die Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH hat als städtische Einrichtung mit langer Tradition die Pflege und Betreuung pflegebedürftiger MarburgerInnen übernommen. Bereits in den 80-er Jahren wurde auf Initiative der GRÜNEN wohnortnah im innerstädtischen Bereich das Altenheim „Auf der Weide“ gebaut. Nun ist es erneut an der Zeit, neue Strukturen nach wohnortnaher Versorgung in kleinen Einrichtungen zu schaffen, entsprechend dem veränderten Bedarf. Die jüngsten Befragungen zur Pflege in den Stadtteilen haben ein klares Votum für den Ausbau ambulanter Strukturen und kleine, wohnortnahe stationäre Einrichtungen erbracht und bestätigen die Position der GRÜNEN. Wir GRÜNEN setzen sich deshalb dafür ein, dass die Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH sich diesen neuen Anforderungen stellt. Der Sanierungsbedarf des Pflegeheims in der Sudetenstraße ist ein guter Anlass für die Weiterentwicklung der Marburger Altenhilfe zu einer Einrichtung, die eine dezentralisierte Versorgung pflegebedürftiger Menschen sicherstellt. Wir GRÜNEN setzen in der kommenden Legislaturperiode auf die Einrichtung von betreuungsorientierten Hausgemeinschaften in Bezirken der Kernstadt wie in den Außenstadtteilen, die gleichzeitig Zentren für ambulante Pflege und andere Angebote für ältere Menschen sein können. Nach dem bereits im Bau befindlichen Ersatz-Heim in Cölbe in der Regie der Marburger Altenhilfe, das die Umstrukturierung auf dem Richtsberg möglich macht, genügt auf dem Richtsberg in Zukunft eine stationäre Einrichtung mit ca. 40 Betten dem dortigen Bedarf an Pflegeplätzen. Für Cappel und die Stadtteile Ronhausen und Bortshausen besteht ein Bedarf von 2 Hausgemeinschaften mit je 10 Plätzen. In den Außenstadtteilen Bauerbach und Ginseldorf, Moischt und Schröck, Ronhausen und Bortshausen, Gisselberg, Cyriaxweimar, Haddamshausen und Hermershausen, Michelbach Wehrshausen, Dilschhausen, Dagobertshausen und Elnhausen werden im Jahr 2020 voraussichtlich 2.700 BürgerInnen über 65 Jahre leben. Nach bisherigen Berechnungen besteht für sie ein Bedarf an 5 Hausgemeinschaften mit je 10 bis 12 Plätzen.

Mit der Wahrnehmung des Aufbaus von stadtteilnahen Hausgemeinschaften und Pflegestützpunkten ist die Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH in doppeltem Sinne für die Zukunft gerüstet: sie macht Angebote, die die Menschen wollen und sie sichert die Arbeitsplätze ihrer MitarbeiterInnen.

Wir GRÜNEN wollen

- den Ausbau regenerativer Energie in der Stadt und in der Region;
- die verstärkte Nutzung von BHKWs in Miethäusern und die Weitergabe der niedrigen Wärmekosten an die Mieter;
- die Förderung von Hocheffizienzpumpen;
- die Förderung von ökologischen Entwicklungen in der Region durch die Sparkasse;
- die paritätische Besetzung mit Frauen und Männern bei der Besetzung der Gremien der Sparkasse;

- die kontinuierliche ökologische Sanierung des Wohnbestandes der GeWoBau;
- mehr bezahlbare barrierefreie Wohnungen bei der GeWoBau;
- verstärkter Einsatz von BHKWs und Bau Solarthermische Anlagen in den Immobilien der GeWoBau;
- die Weiterentwicklung der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH für die Zukunft durch den Ausbau stadtteilnaher Hausgemeinschaften und Pflegestützpunkten.

Natürliche Lebensgrundlagen

Marburg ist eine grüne Stadt mit gesunden Lebensbedingungen und hoher Aufenthaltsqualität, sie verfügt über naturnahe Erholungsräume in der Stadt. Die Voraussetzungen dafür – der Fluss, die Grünflächen, der Wald, das Wasser, die Luft, das Klima - müssen erhalten und wo notwendig wieder hergestellt oder ausgebaut werden. Unsere lokale Umweltpolitik bezieht sich deshalb auf das gesamte Spektrum des Umweltschutzes: den Lärmschutz, den Bodenschutz, den Schutz des Trinkwassers, den Hochwasserschutz, die Reinhaltung der Luft, eine Abfallbeseitigung, durch die keine neuen Umweltschäden entstehen, sowie den Schutz vor Lichtverschmutzung.

1. Die Lahn, Fluss mitten in der Stadt

Marburg nutzt immer noch viel zu wenig seine natürlichen Qualitäten, wie etwa den Fluss mitten in der Stadt als möglicher Ort der Begegnung, der Erholung, der Frischluft, der Muße, der ökologischen Erfahrung usw. Wir GRÜNEN wollen die Stadt noch mehr zur Lahn öffnen und sie verstärkt als Potential der Lebensqualität nutzen. Wichtige Schritte dazu haben wir in den vergangenen Jahren durch den Abbau der Parkplätze am Lahnufer und die Treppengestaltung der Deichanlage bei der Mensa gemacht. Wir GRÜNEN wollen den Lebensraum der Lahnwiesen in der Innenstadt und im Südviertel nach ökologischen Grundsätzen weiterentwickeln für eine zeitgemäße Nutzung mit ufernahem Naturerlebnis und Grünzonen.

Dafür brauchen wir ein Nutzungskonzept Lahnauen, bei dem die Vorschläge der Lahnstudie geprüft und schrittweise umgesetzt werden sollen.

Die Lahnrenaturierung hat auch an weiteren Stellen große Fortschritte gemacht: im Stadtteil Wehrda wurden großflächig Deiche zurückverlegt. Dort und im Cappler Feld wurde eine naturnahe Auenentwicklung ermöglicht, es wurden die Naherholungsgebiete und im außerstädtischen Bereich die Zonen des Naturschutzes erweitert.

Auch die anderen vorhandenen Grünflächen in der Stadt müssen bewahrt und aufgewertet werden. Das gilt in besonderer Weise für den alten botanischen Garten in der Innenstadt, dessen Bestand auch im Zuge der Campus-Neuplanungen der Universität geschützt werden muss.

Wir GRÜNEN wollen

- ein Konzept zur ökologischen Nutzung der Lahnauen;
- die durch GRÜNE Initiative begonnenen Renaturierungsmaßnahmen an der Lahn weiter fortsetzen und auf weitere Gewässer, wie beispielsweise die Allna, ausdehnen;
- zur Verbesserung des Hochwasserschutzes Flächen zur Retention schaffen;
- Deiche weiter sanieren;
- restriktiv bei Bauvorhaben in Überschwemmungsgebieten vorgehen;
- ackerbaulich genutzte Flächen in Überschwemmungsgebieten in Grünland umwandeln, um u.a. Nitrateinträge in das Gewässer zu vermindern und die ökologische Situation der Auen zu verbessern.

2. Flächen- bzw. Landschaftsverbrauch stoppen

Der Boden ist neben Luft und Wasser unentbehrlich für unser Leben. Er erfüllt zahlreiche Funktionen, die für uns Menschen und für den Erhalt der Ökosysteme von grundlegender Bedeutung sind. Deshalb müssen Böden und deren Funktionen vor nachteiligen Einwirkungen geschützt, sparsam und schonend genutzt werden. In Deutschland wird täglich eine Fläche von mehr als 100 Fußballfeldern verbraucht. Obwohl immer weniger Menschen unser Land bewohnen, dehnen sich die Siedlungen im Umfeld der Städte immer weiter aus. Gleichzeitig nehmen Brachflächen und Leerstand in zentralen Lagen zu.

Wir GRÜNEN wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass in Marburg weniger neue Flächen in Anspruch genommen oder zusätzliche Baugebiete am Stadtrand ausgewiesen werden. Stattdessen sollen brachliegende Flächen mobilisiert und bereits erschlossene Flächen genutzt werden. Hauptziel des kommunalen Bodenschutzes ist die Reduzierung des Flächenverbrauchs bzw. der Flächeninanspruchnahme. Intakte Böden sollen vor zerstörerischen Nutzungen geschützt werden. Für das GRÜNE Ziel einer nachhaltigen Flächenkreislaufwirtschaft, bei der bereits vorge nutzte und erschlossene, aber inzwischen nur wenig oder nicht mehr genutzte Flächen (z.B. Waggonhallengelände) stärker bzw. neu genutzt werden, ist ein Bauflächen- und Brachflächenkataster dringend erforderlich.

Mit einer maßvollen Innenverdichtung sind einerseits die kulturellen und sozialen Bezüge der Quartiere zu sichern, damit die Identität der Stadtteile und Bezirke bewahrt werden. Andererseits müssen dabei aber auch ökologische Standards zum Tragen kommen und in der Bauleitplanung und beim Bauen festgeschrieben werden. Bei Baumaßnahmen fehlt oft das fachliche Know-how über die Gefährdung des Bodens z.B. durch Bodenverdichtung, Wurzelschäden, unsachgemäße Rodung, Abfälle etc. Wir wollen deshalb ökologische Standards für den Bauprozess entwickeln, die der Orientierung dienen. Bauherren sollen auf Grundlage ihrer Planungsunterlagen auf Problempunkte, zu schützende Naturgüter etc. bereits bei den Baubesprechungen hingewiesen werden.

Neben dem Schutz des Bodens im bebauten Bereich der Stadt und der Stadtteile gilt es auch die natürlichen Lebensgrundlagen in der freien Landschaft zu schützen oder wenigstens einen Ausgleich für Eingriffe in die Natur und Landschaft zu sichern.

Mit der Prioritätenliste für die Bauleitplanung in den Außenstadtteilen ist bereits ein guter Anfang gemacht für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem Boden. Darüber hinaus gibt es auf kommunaler Ebene weitere Möglichkeiten Boden zu schützen.

Wir GRÜNEN wollen

- dass der Boden bei allen Planungen und Projekten der Stadt (Bauleitplanung, Flächeninanspruchnahme durch Hoch- und Tiefbauten) als Schutzgut berücksichtigt wird;
- dass überflüssige Versiegelungen vermieden oder zurückgebaut werden;
- ökologische Standards für den Bauprozess entwickeln;
- dass die Pflege der Freiflächen durch die Stadt nicht zu einer Belastung der Böden führt und dieser schonende Umgang für die BürgerInnen zum Vorbild wird;
- Flächenrecycling, d.h. Flächen mit schädlichen Bodenveränderungen und Altlasten sanieren, damit diese neuen Nutzungen zugeführt werden können;
- die Erstellung eines Brachflächenkatasters, in dem die zur Bebauung geeigneten Flächen dargestellt und Informationen zu den ehemals überwiegend ge-

werblich/industriell genutzten Brachflächen systematisch und übersichtlich in einer Datenbank verwaltet werden;

- durch die transparenten Daten über die Brachflächen auch für eine schnelle Vermarktung und Reaktivierung der Flächen beitragen;
- die Mitgliedschaft der Stadt im europäischen Boden-Bündnis „ELSA“, um die Ernsthaftigkeit ihrer Anstrengungen für den Schutz des Bodens zu unterstreichen.

3. Konsequenter Klimaschutz in Marburg

Klimaschutz ist eine Pflichtaufgabe für alle Städte und Gemeinden. Für die Marburger GRÜNEN und ihren GRÜNEN Bürgermeister ist er eine besondere Herausforderung.

Wir wollen in Marburg eine drastische Senkung der CO₂ Emissionen erreichen. Wir GRÜNEN unterstützen deshalb, die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes. Wir fordern die Entwicklung konkreter Leitbilder und die Festlegung ehrgeiziger Zielsetzungen für Marburg. Zielsetzungen und Leitbilder sollen sich an den globalen Anforderungen zum Klimaschutz orientieren, aber den lokalen Kontext berücksichtigen und Schwerpunkte in der angestrebten Handlungsfeldern benennen. Bis Ende 2011 soll unter der Beteiligung lokaler Akteure (wie beispielsweise Pharmaserv, Universität und Schulen), der Politik und der Marburger BürgerInnen verbindliche Klimaziele und ein verbindlicher Maßnahmenkatalog für Marburg erarbeitet werden. Die Umsetzung soll konsequent vorangetrieben und regelmäßig überprüft werden.

Klimaschutz ist für uns ohne die drei großen E's nicht denkbar: Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien. Auf allen drei Ebenen können und müssen wir uns lokal engagieren und dafür auch innovative Lösungen zur Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Klimaschutz entwickeln.

Energieeinsparung

Um die Vergeudung der fossilen Rohstoffe einzuschränken, ist vermeidbarer Energieverbrauch zu stoppen.

Wir GRÜNEN wollen

- die energetische Sanierung der städtischen Gebäude weiter in Richtung Passivhausstandard vorantreiben; das ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll;
- bei Neu- und Anbauten durch hohe Energiestandards dafür sorgen, dass von vornherein weniger Energie verbraucht wird, wie dies bereits bei einigen Gebäuden der Stadt umgesetzt wurde – beim Erweiterungsbau der Martin-Luther-Schule, der Kinderkrippe Marbach, dem Kindergarten Bauerbach;
- am Richtsberg das Projekt „Sozialer Klimaschutz“ mit „warmmietneutraler Modernisierung“ gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften und den MieterInnen in den kommenden 15 Jahren so umsetzen, dass im Zuge der energetischen Sanierung die Wohnkosten für die MieterInnen nicht steigen.

Energieeffizienz

Energie kann bei gleichem Nutzen effizienter eingesetzt werden als häufig bekannt. Viele elektrische Geräte wie z.B. Kühlschränke oder Wärmepumpen sind nicht nur

veraltet, sondern verbrauchen auch besonders viel Energie. Diese Einsparpotentiale müssen verstärkt genutzt werden.

Wir GRÜNEN wollen

- dafür werben, dass alte "stromfressende" Maschinen (z.B. Heizungspumpen s.o., Kühlschränke) durch neue, stromsparende Geräte ersetzt werden;
- eine erhöhte Sensibilität für sparsamere Alternativen beim alltäglichen Stromverbrauch z.B. bei der Beleuchtung;
- auch die öffentliche Beleuchtung (Straßenlaternen) auf Formen mit geringerem Stromverbrauch umstellen;
- uns dafür einsetzen, dass die "Stand-by"-Funktion wo immer möglich abgeschaltet wird.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein zentrales Ziel der Marburger GRÜNEN und soll auch in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt unserer Politik sein. Die hier bestehenden Potentiale im Bereich der Solarthermie und der Photovoltaik, im Bereich der Windenergie, im Bereich der Biomasse und bei der Wasserkraftnutzung müssen verstärkt genutzt werden. Dies hat neben der positiven Wirkung für das Klima auch den ökonomisch wichtigen Effekt, dass die regionale Wirtschaft gestärkt wird.

Windkraft in Marburg

Wir GRÜNEN wollen einen dezentralen Energiemix aus erneuerbaren Energien. Und wir wollen ihn schnell und 100-prozentig!

Dabei spielt Windkraft aufgrund ihrer Effizienz eine tragende Rolle. Eine einzige 1,5-Megawatt-Anlage kann rund 1000 Durchschnittshaushalte preiswert mit Strom versorgen. 10 Windkraftanlagen würden fast 2/3 des Marburger Strombedarfs decken!

Wir GRÜNEN wollen unsere Verantwortung hier in Marburg annehmen!

„Windkraft – Ja bitte, aber woanders“ ist eines der beliebtesten Argumente sogenannter Windkraft-Befürworter und BefürworterInnen. Das ist weder zielführend noch redlich. So wird die angebliche Verschandelung der Landschaft auf Mensch und Umwelt in anderen Gemeinden, Regionen und Ländern abgewälzt! Vielleicht ist es an der Zeit, die eigene Wahrnehmung zu überprüfen. Oder würden Sie sagen, dass die Windmühlen in Holland die Landschaft verschandeln?

Deshalb fordern wir GRÜNEN Vorranggebiete für Windkraft auf Marburger Stadtgebiet und die Untersuchung der Risiken und Chancen an diesen Standorten – auch auf den Lahnbergen! Wir wollen keinen ökologischen Unfug. Wir wollen klug planen und sorgsam umsetzen.

Wir GRÜNEN wollen

- die Anzahl der bereits bestehenden Solarthermie-Anlagen (500) durch finanzielle Förderung der Stadt und der Stadtwerke vervielfachen, weil Solarthermie die effektivste und kostengünstigste Form ist, Sonnenstrahlung in Wärme für Warmwasser und Heizung umzuwandeln;

- den Ausbau der Photovoltaik-Anlagen auf Marburgs Dächern zur Produktion von sauberem Strom deutlich verstärken, nachdem in den letzten Jahren durch private und öffentliche Investitionen bereits mehr als 5 Megawatt (peak) im diesem Bereich geschaffen wurden;
- mit einem weiteren Ausbau der Windkraft in Marburg mindestens 2/3 des von den Privathaushalten verbrauchten Stroms über Windkraft produzieren;
- innovative Lösungen zur Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Klimaschutz entwickeln.

Der Klimaschutz kann jedoch nicht auf Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien beschränkt bleiben, denn der Klimawandel wird auch die Kommunen in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen stellen: mehr Hitzetage, höhere Niederschläge in kürzerer Zeit, Ausbreitung fremder Tier- und Pflanzenarten. Obwohl sich Marburg nicht vor abschmelzenden Gletschern und einem ansteigenden Meeresspiegel fürchten muss, sind die Auswirkungen des Klimawandels auch für die Stadt relevant, nämlich bezüglich: Hochwasser, Landwirtschaft, Naturschutz, Bodenschutz, Wasserwirtschaft, menschliche Gesundheit, Grünflächen.

Wir GRÜNEN wollen

- dass alle Planungen und Projekte der Stadt die Schutzerfordernisse der Umwelt berücksichtigen;
- dass im städtischen Haushalt angemessene Mittel bereitgestellt werden, um vorsorgende Maßnahmen zum Erhalt unserer Umwelt zu ergreifen und vorhandene Umweltschäden im Rahmen technischer und finanzieller Ressourcen zu beheben;
- eine Klima-Anpassungsstrategie, die verschiedenen Maßnahmen und Handlungsstränge miteinander koordiniert;
- gezielte Maßnahmen, um der Hitzefalle Stadt entgegenzuwirken, wie z.B. Wasserflächen, Beschattung, Begrünungen, Entsiegelungen;
- mit dem von uns initiierten Programm „1000 Bäume für die Innenstadt“ in den nächsten Jahren weitere Bäume und damit mehr Begrünung in die Innenstadt bringen;
- dass bei neuen Bauprojekten keine stromfressenden Klimaanlage eingebaut werden.

4. Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel

Trinkwasser ist kein Wirtschaftsgut, das nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen der Gewinnmaximierung gehandelt werden darf. Wir GRÜNEN werden uns deshalb einer Privatisierung der Wasserversorgung widersetzen und dafür Sorge tragen, dass die Stadt die Verantwortung für die Trinkwasserversorgung behält und sie nicht auf ein privates Unternehmen überträgt.

Wir GRÜNEN wollen

- dass auch in Zukunft das Trinkwasser in ökologisch verträglicher Weise gefördert wird und in guter Qualität sowie ausreichendem Maße für die ortsnahe Versorgung der MarburgerInnen zur Verfügung steht;

- für eine möglichst sparsame Verwendung dieses wichtigen Lebensmittels in den privaten Haushalten und Gärten sorgen, u.a. durch den Ausbau der Wassersparberatung durch Umweltamt und Stadtwerke;
- die stetige Erneuerung der städtischen Leitungssysteme, um Leitungsverluste zu vermeiden;
- in öffentlichen Gebäuden Wassersparsysteme, Regenwassernutzung und Brauchwassersysteme verstärkt installiert sehen, letztere vor allem für die Bewässerung der öffentlichen Anlagen.

5. Saubere Luft

Saubere Luft ist für unsere Gesundheit unerlässlich. Die Marburger GRÜNEN werden sich deshalb auch zukünftig dafür engagieren. Vor allem geht es uns um die Minderung der Schadstoffbelastung der Luft durch Feinstäube, die zu Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislaufversagen und Lungenkrebs führen können. Wir halten es für dringend erforderlich, die Feinstaubbelastungen dort zu reduzieren, wo sie entstehen. Soweit wir die Möglichkeit dazu haben, wollen wir helfen auch die verkehrlichen Abgase zu reduzieren. Die Schadstoffbelastung durch Dieselmotoren konnte durch die auf GRÜNE Initiative eingeführten erdgasbetriebenen Stadtbusse bereits verringert werden. Inzwischen ist fast die gesamte Busflotte auf Gas umgerüstet. Auch die bereits 2004 in Betrieb genommene Erdgastankstelle, die auch Privatpersonen bequem einen Umstieg auf Erdgas-PKWs ermöglicht, ist ein Schritt zur Verbesserung der Luft. Weitere Maßnahmen zur Minderung der Schadstoffbelastung sind aber dringend erforderlich:

Wir GRÜNEN wollen

- erreichen, dass von den zuständigen Landesbehörden in den Luftreinhalteplan für Marburg verbindlich aufgenommen wird, dass die Stadt beim Überschreiten von Grenzwerten Fahrverbote aussprechen kann;
- die vollständige Umstellung des Fahrzeugparks der Stadt Marburg und ihrer Beteiligungen auf gas-, hybrid- oder elektrobetriebene Fahrzeuge, um die Abgasbelastung insbesondere durch Dieselruß zu vermeiden;
- auch weiterhin die Förderung von gasbetriebenen PKWs, aber zusätzlich auch von Hybrid- und Elektrofahrzeugen durch die Stadtwerke;
- deutlich machen, dass für eine wirkliche Verbesserung der Umweltbilanz es letztendlich nur ein Rezept gibt: weniger Auto- und mehr öffentlicher Nah-, Fahrrad- und Fußverkehr;
- dazu beitragen, dass die Stadtverwaltung ihren eigenen innerstädtischen Verkehr so weit wie möglich durch Nutzung von Elektrofahrrädern bewältigt und damit auch die Marburger BürgerInnen motiviert, vom Auto auf ein Elektrofahrrad umzusteigen;
- durch Information und Beratung dazu beitragen, dass bei Privatwohnungen ebenso wie bei Gewerbe- und Verwaltungsgebäude alte Ölheizungen und alte Holzfeuerstätten erneuert und durch moderne schadstoffarme Brenner ersetzt werden;
- mit der Solarsatzung auch eine Verringerung der Schadstoffbelastung der Luft erreichen, weil Solarenergie zur Warmwasserbereitung und zur Heizungsunterstützung schadstofffrei funktioniert und die Luft gar nicht belastet.

6. Weniger Lärm

Lärm wird als Belastungsfaktor für unsere Gesundheit immer noch unterschätzt. Sicher ist, dass Geräuschbelastungen sich über einen längeren Zeitraum eindeutig negativ auf Gesundheit und Lebensfreude auswirken.

Die Hauptlärmquelle in unserer Stadt mit ihrer Tallage ist der massive Straßenverkehr, verursacht hauptsächlich durch den Individualverkehr. Wir setzen zur Reduzierung des Lärms deshalb auf den weiteren Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs. Bei der anderen Hauptlärmquelle, der Bahn und insbesondere dem Güterverkehr, steht die Deutsche Bahn in der Pflicht, die sich bislang jedoch jeder Verantwortung für die Lärmemissionen entzieht.

Neben dem Verkehrslärm gibt es vermeidbaren Lärm aus Gewerbebetrieben. Hier muss auf die Einhaltung bestehender Vorschriften gedrungen werden.

2007 haben wir erreicht, dass die Stadt Marburg im eigenen Wirkungsbereich (Stadtgrün, Umwelt und Natur, Schulen, Kindergärten, etc.) auf den Einsatz von Laubblasgeräten mit Verbrennungsmotoren verzichtet. Appelle an Private und Firmen, auch auf die Nutzung von Laubblasgeräten zu verzichten, haben bisher keinen zufrieden stellenden Erfolg gezeigt. Wir fordern deshalb den Landesgesetzgeber auf, härtere Maßnahmen zum Schutz der Menschen und der Umwelt gegen die von Laubblasgeräten verursachten Emissionen zu ergreifen.

Wir GRÜNEN wollen

- eine Ausweitung von verkehrsberuhigten Zonen (Elisabethstraße, Oberstadt);
- die Umsetzung der für den Lärmaktionsplan von der Stadt Marburg vorgeschlagenen Maßnahmen: Errichtung von Lärmschutzwänden, Geschwindigkeitsreduzierungen auf 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW auf der Stadtautobahn;
- eine flächendeckende Reduzierung der Geschwindigkeit von 50 auf 30 km/h auf Straßen in Wohngebieten (auch in der Frankfurter Straße);
- den öffentlichen Personenverkehr ausbauen;
- die Deutsche Bahn für die Errichtung von Lärmschutzwänden und für lärmmindernden Maßnahmen gewinnen;
- die Benutzung von Laubblasgeräten einschränken.

7. Mobilfunkrisiken vermindern

Die GRÜNEN fordern die Aufklärung über Risiken, die von Mobilfunktelefonen und -sendemasten sowie von schnurlosen DECT-Telefonen und -Basisstationen ausgehen. Dies ist weiterhin und verstärkt notwendig, damit die Unternehmen die Strahlungsintensität der Geräte verringern, wie dies technisch bereits jetzt möglich ist. Strahlungsarme Geräte kann das Umweltamt auf Nachfrage benennen und Informationsmaterial zur Verfügung stellen.

Wir GRÜNEN wollen

- dass nur dann auf städtischen Gebäuden Mobilfunkanlagen gebaut werden, wenn die im Gegensatz zum deutschen Recht strengeren Schweizer Grenzwerte eingehalten werden;
- dass auf den Dächern von Kindertagesstätten und Schulen überhaupt keine Mobilfunk-Sendemasten gebaut werden;

- bei Baugenehmigungsverfahren freiwillige Vereinbarungen mit den Betreibern anstreben, um eine Strahlenbelastung soweit wie möglich zu vermindern.

8. Schattenseiten des Lichts

Nachts wird es nicht mehr richtig dunkel in Europa. Nur Slowenien hat bisher ein Gesetz gegen Lichtverschmutzung – es ist nachts verboten, durchgängig Lampen zu betreiben. Wir GRÜNEN fordern Maßnahmen gegen die Lichtverschmutzung, weil nächtliches Licht häufig unnötig ist und häufig auch falsch eingesetzt wird. Wir fordern eine Begrenzung nächtlichen Lichts, ohne dass neue Angsträume entstehen oder Situationen, die von BürgerInnen oder BesucherInnen als unsicher oder gefährlich empfunden werden.

Wir GRÜNEN wollen

- dass eine negative Beeinflussung des Hormonhaushalts von Menschen, wie auch des Orientierungsvermögens nachtaktiver Tiere und der Wachstumszyklen von Pflanzen durch Lichtverschmutzung verhindert wird;
- durch gezielte Beleuchtung, gedimmtes Licht und verkürzte Beleuchtungszeiten viel Strom, CO₂ und damit Geld gespart werden kann.

9. Müllberge abbauen

Die GRÜNEN stehen für Müllvermeidung, Mülltrennung und Wiederverwertung (in dieser Reihenfolge). Zur Erreichung dieser Zielsetzung wurde durch unsere Initiative die aktive Haustür-Müllberatung der Praxis GmbH eingeführt. Sie erreicht in allen Stadtteilen viele Menschen, die so für das Konzept der Vermeidung und Trennung gewonnen werden können. Dadurch wurde die Reinheit der Müllsorten deutlich gesteigert und in Marburg die vergleichsweise niedrigen Müllgebühren erhalten. Die differenzierten Tarife entlasten besonders Mehrfamilienhäuser. Abfallvermeidung, -trennung und Recycling müssen weiter verstärkt werden; dies trägt zum Schutz unserer Umwelt bei und stabilisiert die Gebühren. Umwelt- und Abfallerziehung in Kindertagesstätten und Schulen ist dafür ebenso unverzichtbar wie die aktive Müllberatung. Nur so kann auch gegen die „Logik der Müllwirtschaft“ (Duales System, Müllverbrennung) angegangen werden, die auf steigende Müllmengen setzt, weil sie daraus Vorteile zieht.

Neben schon existierenden Glasmüllcontainern fordern die GRÜNEN die Aufstellung von „Retourstationen“ für Batterien, Energiesparlampen, Handys, Druckerpatronen und Akkus nach niederländischem Vorbild. Diese Stationen sind für Kommunen kostenneutral, weil sie von den Herstellern der zu entsorgenden Produkte finanziert werden müssen.

Wir GRÜNEN wollen

- die Weiterführung der Müllberatung und –erziehung;
- die Aufstellung von Retourstationen für Batterien, Energiesparlampen usw.

10. Ökologisch und regional statt genmanipuliert

Auch in Marburg haben sich die GRÜNEN gegen die Ausbreitung von gentechnisch manipulierten Pflanzen und Produkte und die davon ausgehenden Gefahren engagiert. Mit Bauern der Region und anderen Initiativen hat das Umweltamt meh-

rere Veranstaltungen dazu organisiert und die Bevölkerung informiert. Ziel der GRÜNEN ist eine „gentechnikfreie Region Marburg“ im Bündnis mit Landwirten, Einzelhandelsbetrieben und Verbrauchern. In Richtung dieses Ziels sind wir GRÜNEN bereits einen wichtigen Schritt gegangen: es ist unserer Initiative zu verdanken, dass seit 2006 die Kinder in den städtischen Kindergärten nur noch mit ökologisch oder regional produzierten Lebensmitteln versorgt werden. Die freien Träger werden bei dieser Umstellung auf ökologisch oder regional produzierte Lebensmittel unterstützt. Auch an den Schulkiosken laufen seit Jahren (gemeinsam mit verschiedenen freien Trägern) Bemühungen, für Schülerinnen und Schüler gesunde Angebote attraktiv zu machen. Ziel der GRÜNEN ist es, dass mit der Einführung von Ganztagschulen und der damit erforderlichen Einrichtung von Schüler-Mensen auch dort Essen aus ökologischen und regional erzeugten Lebensmitteln angeboten wird.

Wir GRÜNEN wollen

- eine „gentechnikfreie Region Marburg“ im Bündnis mit Landwirten, Einzelhandelsbetrieben und Verbrauchern.

11. Natur in der Stadt

Der Erhalt unserer Landschaft, Tiere und Pflanzen und der natürlichen Lebensräume bleibt auch in den kommenden Jahren eine zentrale Herausforderung. Jeden Tag sterben weltweit etwa fünfzig Tier- und Pflanzenarten aus. Wir GRÜNEN reden nicht nur über Artenvielfalt (Biodiversität) und Nachhaltigkeitsstrategien, sondern wir ergreifen auch praktische Maßnahmen für den Artenschutz. Deshalb haben wir GRÜNEN u.a. dafür gesorgt, dass der Dammelsberg als Naturschutzgebiet ausgewiesen wurde. Dies werden wir auch für andere Stadtgebiete einleiten und diese Politik fortsetzen.

Wir setzen darauf, dass der Erhalt der natürlichen Lebensräume in Einklang gebracht wird mit dem Erholungsbedürfnis der BürgerInnen. Unsere Stadt ist landschaftlich überaus attraktiv. Die MarburgerInnen nutzen die Natur gerne als Erholungsraum. Wir GRÜNEN möchten eine naturverträgliche Erholung fördern und gleichzeitig das Bewusstsein, die Sensibilität und die Verantwortung für unsere natürliche Umwelt stärken.

Wir GRÜNEN wollen

- uns weiterhin für den Erhalt heimischer, vom Aussterben bedrohter Tiere und Pflanzen einsetzen, z.B. durch die Errichtung von Insekten- und Schwalbennesthotels sowie durch die Bereitstellung von Nisthilfen für andere Vögel;
- uns dafür einsetzen, dass der Botanische Garten auf den Lahnbergen erhalten bleibt, auch aus Gründen des Artenschutzes und als Gen-Pool;
- dass die Grünflächenpflege nach ökologischen Maßstäben und wo möglich im Einklang mit der Natur erfolgt;
- uns für den Erhalt und den Ausbau ökologischer Flächen in der Stadt einsetzen, um für Tiere und Pflanzen einen Rückzugsraum sicherzustellen;
- die Lahnauen als wichtigen ökologischen Raum erfahrbar machen (s.o.). Auch für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, durch eine barrierefreie Plattform beim renaturierten Seitenarm der Lahn im Gebiet „Auf der Weide“;
- mehr Ruhebänke auf den Spazier- und Wanderwege im Stadtgebiet, möglichst für die Stadt kostenneutral durch Spenden und Sponsoren (nach englischem Vorbild);

- die Einrichtung von Lehrpfaden zu Umweltthemen: zum Thema Sonnenenergie und zum Thema Wasser in Zeiten des Klimawandels.

Alternative Mobilität

Städtisches Leben ist ohne Mobilität undenkbar. Sich innerhalb und außerhalb der Stadt zügig und problemlos bewegen zu können, ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Damit diese Lebensqualität jedoch nicht zu sehr durch die mit dem Individualverkehr verbundene Belastung der Umwelt gefährdet wird, setzen wir GRÜNEN uns für eine klare Priorität zugunsten des „Umweltverbundes“ ein: wir wollen die Mobilität zu Fuß, per Fahrrad und mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stärken und ausbauen.

Autos sind für viele unentbehrlich und ein bequemes Fortbewegungsmittel. Ihre wachsende Anzahl und ihre schädlichen Emissionen in Form von Lärm und Abgasen bringen die Städte in oft bedenkliche Situationen und bedrohen die Gesundheit ihrer BewohnerInnen. Gleichzeitig zerstören monströse Straßen- und Autobahnprojekte unsere Landschaft – und unsere Stadtbilder, leider auch in Marburg. Die Dominanz des derzeitigen oder sogar noch wachsenden motorisierten Individualverkehrs kann und darf in Marburg auch wegen der besonderen Berg- und Tallage und der damit verbundenen Lärm- und Abgasproblematik nicht länger bestehen.

Zusammen mit den aktuellen Planungen und Veränderungen in der Marburger Innenstadt und mit der Entwicklung des Unicampus beim alten Botanischen Garten und des Unicampus auf den Lahnbergen müssen moderne Strategien zur zukünftigen Bewältigung des Stadtverkehrs entwickelt werden. Das übergeordnete Ziel ist die erforderliche Mobilität zu ermöglichen und die Belastungen durch den (motorisierten Individual-) Verkehr zu verringern. Dies soll in Marburg durch ein intelligentes und vernetztes System der einzelnen Fortbewegungsarten erreicht werden, das mit der Region verknüpft ist und die Nutzung des PKW weitgehend erübrigt.

Hierzu ist die Einführung eines kommunalen Mobilitätsmanagements erforderlich. Es geht über die „klassische“ Verkehrsplanung, die meist nur die einzelnen Verkehrsarten nebeneinander betrachtet, hinaus. Mobilitätsmanagement soll Verkehr besser organisieren und die verschiedenen Fortbewegungsarten in der Stadt miteinander optimal verknüpfen und aufeinander abstimmen. Es soll auch mithelfen, effizientes und Ressourcen schonendes Mobilitätsverhalten durch Anreize und Werbung für eine Klima schonende Wahl der Verkehrsmittel zu entwickeln. Eine gezielte moderne Organisation der Mobilität führt zu höherer Auslastung und höheren Einnahmen aller öffentlichen Verkehrsträger, erspart Sprit-, Stau- und Parkraumkosten und reduziert bei den Kommunen die Mittel, die in Ausbau, Bereitstellung sowie Instandhaltung der Straßeninfrastruktur investiert werden müssen.

Die Gestaltung einer alternativen Mobilität für Marburg hat eine Vielfalt von Aspekten zu berücksichtigen: wie kann der private Autoverkehr eingeschränkt, der ÖPNV noch attraktiver gemacht werden, wie soll der Fußverkehr weiter gestärkt und attraktiver gestaltet werden, wie können wir den Radverkehr mit Nachdruck fördern und schließlich, wie kann der Verkehr insgesamt besser organisiert werden?

1. Verringerung des Autoverkehrs

Obwohl in den vergangenen 25 Jahren der Busverkehr deutlich verbessert und der Radverkehr ausgebaut und weitere Park + Ride Parkplätze eingerichtet wurden, hat die Anzahl der Autos in der Innenstadt nicht ab, sondern eher zugenommen. Auch der Verkehr auf der Stadtautobahn, insbesondere von LKWs, hat stark zugenommen und beeinträchtigt die Lebensqualität der Anwohner erheblich. Das bedeutet, dass wir noch weitere Anstrengungen unternehmen müssen, um eine deutliche Reduzierung des Autoverkehrs in Marburg zu erreichen.

Wir GRÜNEN wollen

- keine zusätzlichen und keine kostenlosen Parkplätze in der Innenstadt;
- eine Verringerung der Verkehrsflächen für den ruhenden und fließenden Autoverkehr zugunsten von Fuß- und Radverkehr oder ÖPNV;
- die Überarbeitung der Stellplatzsatzung mit dem Ziel, dass durch Stellplätze möglichst wenig Verkehr generiert wird;
- Anreizsysteme für die Abmeldung und den Verzicht auf PKWs einführen, z.B. in Form von Förderprämien oder einem kostenlosen Jahresabo für den ÖPNV;
- Park-and-ride-Systeme (P+R) so attraktiv wie möglich gestalten: neben kostenlosem Parken auch eine kostenlose Fahrt mit dem Bus in die Innenstadt;
- das CarSharing als umweltverträglichste Form der Autonutzung fördern durch die Bereitstellung einer größeren Zahl innerstädtischer Stellplätze und dort, wo sie gebraucht werden;
- nach wie vor die überfällige Einführung von Tempo 80 für PKWs und Tempo 60 für LKWs (wir befürchten allerdings, dass wir noch die Abwahl der jetzigen Landesregierung 2014 abwarten müssen);
- der Unverantwortlichkeit ein Ende setzen, dass die B 3a von der Mautpflicht für LKW ausgenommen ist und der Schwerlastverkehr nach wie vor eine wesentliche Quelle für die Lärmbelastigung der MarburgerInnen ist;
- erreichen, dass endlich eine durchgehende Lärmschutzwand entlang der B3a in Marburg durch Bund und Land errichtet wird, mit transparenten Abschnitten bei Brücken (z.B. Bahnhof).

2. Den ÖPNV noch attraktiver gestalten

Wir haben den ÖPNV in Marburg erfolgreich vorangebracht: die Busse fahren häufiger, werden von viel mehr Personen genutzt und sind sehr viel umweltfreundlicher geworden seit der Umstellung auf emissionsarme Erdgasbusse. Dass der ÖPNV weiter ausgebaut werden muss und dafür auch neue Wege beschritten werden müssen, lehren uns nicht nur die vollen Busse, sondern auch das Anwachsen des privaten PKW-Verkehrs. Wir wollen die Attraktivität des ÖPNVs durch höhere Taktzeiten steigern, aber auch durch eine bessere Nutzbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen. Auch wenn wir im Zuständigkeitsbereich der Stadt schon Einiges für eine barrierefreie Mobilität getan haben, wollen wir diesen Weg weiter fortsetzen. Wir müssen aber auch erreichen, dass andere Verkehrsbetreiber, wie z.B. die Deutsche Bahn, der gesetzlichen Verpflichtung der Barrierefreiheit nachkommt und die Marburger Bahnhöfe endlich barrierefrei werden und allen Menschen eine eigenständige Nutzung ohne Hilfe Dritter möglich wird.

Für eine Weiterentwicklung des ÖPNV in Marburg sind auch neue Ideen gefragt. Es muss ein Antwort gefunden werden auf das Problem, wie der Transport der wachsenden Zahl von Studierenden, Beschäftigten, Patienten, Besucher auf die Lahnberge bewältigt werden soll. Wir denken, eine Seilbahn wäre eine gute Lösung.

Wir GRÜNEN wollen

- eine Steigerung der Nutzung Öffentlicher Verkehrsmittel durch einen noch attraktiveren Busverkehr;
- eine erhebliche Taktverdichtung, insbesondere bei den Linien auf die Lahnberge und die Einrichtung einer Expresslinie;

- eine Verbesserung der Radmitnahme im ÖPNV durch größere Mehrzweckbereiche in den Bussen;
- bei den Linien auf die Lahnberge und in den Stadtwald weitere Kapazitäten zur Radmitnahme schaffen, z.B. in Form von Radlinien, bei denen nur an einer oder zwei Haltestellen im Tal und einer Haltestelle auf dem Berg die Be- und Entladung mit den Rädern möglich sein soll;
- eine Steigerung der Attraktivität der Buslinien und Zugstrecken, die Marburg mit dem Umland verbindenden, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und dem RMV;
- eine erhebliche Verbesserung der Einbindung Marburgs in das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn;
- eine Rückkehr zum Stundentakt bei den Zugverbindungen nach Frankfurt und Kassel;
- Fahrten nach Frankfurt und Kassel ohne Umsteigen mit einer Fahrdauer von jeweils einer Stunde.

Eine Seilbahn für Marburg

In den Fachbereichen der Universität auf den Lahnbergen und im Rhön-Klinikum gibt es bereits jetzt mehrere tausend Beschäftigte. Täglich pendeln außerdem tausende Studierende täglich zwischen Stadt und Lahnbergen. Viele Marburger werden stationär oder ambulant im Klinikum behandelt. Daraus resultiert bereits jetzt ein großes Verkehrsaufkommen. In Stoßzeiten transportieren die Stadtbusse schon heute bis zu 600 Personen in der Stunde und die Parkplatzkapazitäten sind ausgeschöpft.

Dabei wird es nicht bleiben. Der Uni-Standort Lahnberge wird ausgebaut, weitere Fachbereiche verlagern ihren Standort auf die Lahnberge. Die Kopfklinik und die Partikeltherapie werden aktuell gebaut. Mit der damit nochmals wachsenden Zahl von Beschäftigten und Studierenden wird der Bedarf an schnellen und ausreichenden Transportmöglichkeiten weiter steigen.

Die Universitätsverwaltung und das Hörsaalgebäude sind aber nach wie vor in der Biegenstrasse. Gleichzeitig wird in der Nachbarschaft des Alten Botanischen Gartens der Uni-Campus der Gesellschafts- und Geisteswissenschaften entstehen. An der Notwendigkeit einer leistungsfähigen Verbindung zwischen diesen Standorten der Universität und der Kernstadt mit den Lahnbergen kann eigentlich niemand zweifeln. Und durch Busse allein ist dies nicht erreichbar. Wir GRÜNEN schlagen deshalb vor, den ÖPNV durch eine Seilbahnverbindung zu ergänzen, die in das Tarifsystem des ÖPNV eingebunden ist und mit jedem Job-Ticket, dem Semesterticket und den Wochen- und Monatskarten genutzt werden kann.

Eine Seilbahn, die die Busse nicht ersetzen kann, aber den schon jetzt großen und noch weiter steigenden Bedarf befriedigen hilft, hätte folgende Vorteile:

- eine kurze Fahrtzeit von ca. 8 Minuten von der Innenstadt zum Klinikum
- keine langes Warten auf eine Transportmöglichkeit, weil die Kabinen im Abstand von nur wenigen Sekunden fahren können
- auf wechselndes Fahrgastaufkommen kann flexibel reagiert werden
- bequeme und unbegrenzte Fahrradmitnahme auf die Lahnberge und zurück in die Innenstadt
- bequemer und sicherer Transport von Menschen mit Rollstühlen und Rollatoren
- bequeme und unkomplizierte Mitnahme von Kinderwagen und Schlitten

- zwar sind die Investitionskosten hoch, aber die Betriebskosten sind kostengünstiger als die anderer Transportmittel
- sie ist emissionsärmer als andere Verkehrssysteme und deshalb auch ein Beitrag zum Klimaschutz.

Wir GRÜNEN wollen

- die Machbarkeit einer Seilbahn auf die Lahnberge unbedingt prüfen;
- bei einem positiven Ergebnis den Bau einer Seilbahn auf die Lahnberge.

3. Fußverkehr stärken und attraktiv gestalten

Zu Fuß gehen ist die natürliche und ursprüngliche Art der Fortbewegung und es ist die gesündeste. Fußgänger im Mobilitätssystem der Stadt sind im Konfliktfall aber die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Deshalb müssen ihre Interessen bei der Verkehrsplanung und vor allem bei der Quartiersplanung Priorität haben.

Bis in die 80er Jahre hinein war die Verkehrspolitik auch in Marburg von der Vision der „autogerechten“ Stadt geprägt: Stadtautobahn, durch Häuserabriss verbreiterte Straßenschluchten, an zentralen Stellen keine Straßenquerungsmöglichkeiten für Fußgänger, man mutete ihnen längere Wege zu als den Autofahrern, man brachte sie ‚unter die Erde‘, schob sie in Unterführungen ab. Dies sind die sichtbaren Hinterlassenschaften dieser Politik. Bei den Baumaßnahmen der letzten Jahre wurden neue Wege beschritten, bei dem die Straßen neu und anders gestaltet und den Fußgängern Straßenraum zurückgegeben wurden. Diese stärkere Berücksichtigung der Fußgänger im Straßenraum muss auch in Zukunft erfolgen und die Wegegestaltung dem Kriterium der Barrierefreiheit genügen. Schwerepunktmäßig soll dies im Marburger Norden geschehen, wo Maßnahmen des Verkehrsentwicklungsplans umgesetzt werden sollen: in der Elisabethstraße, der Bahnhofstraße und dem Wehrdaer Weg.

Zu den verbesserten Bedingungen des Fußverkehrs gehört die Optimierung der Durchwegung von bebauten Gebieten, um, wo dies möglich ist, den Fußgängern kürzere (und zumeist weniger belastete) Wege zu eröffnen. Auch die Fußwegeverbindung zwischen den großen Parkplätzen und den vornehmlich in der Innenstadt besuchten Zielen müssen attraktiver gestaltet werden.

Wir GRÜNEN wollen

- Wegebeziehungen für den Fußverkehr verbessern und den Fußgängern sichtbar machen;
- im Zuge des Mobilitätskonzeptes die Defizite von Wegebeziehungen in einem Fußwegenetzplan bearbeiten.

4. Radverkehr mit Nachdruck fördern

2001 betrug der Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr Marburgs 7%. Seitdem gibt es keine neueren Erhebungen, Schätzungen liegen bei 9-10%. Wir wollen das bestehende Radverkehrsnetz erweitern und verbessern, damit der Anteil des Radverkehrs weiter gesteigert werden kann. Dabei geht es nicht vorrangig um den Freizeitverkehr, sondern um die Wege zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zu Veranstaltungen etc. Der Anbindung der Stadtteile gilt unser besonderes Augenmerk. Grundsätzlich soll der Radverkehr bei allen Neuplanungen deutlich stärker berücksichtigt werden.

Für eine Planung des Radverkehrs und des Gesamtverkehrs braucht Marburg eine aktuelle Datenbasis. Unser Ziel ist es, den Anteil bis zum Jahr 2020 auf 20% zu steigern. Dazu müssen wichtige Ziele durch Radwege verbunden werden, die Mitnahmemöglichkeit im ÖPNV jederzeit gegeben sein, bessere und mehr Abstellmöglichkeiten vor allem an Bahnhöfen, Haltestellen, Veranstaltungsorten usw. geschaffen werden. Zudem müssen Radwege in den Winterdienst mit einbezogen werden, d.h. sie müssen auch von Schnee und Eis befreit werden.

Wir GRÜNEN wollen

- eine direkte Radverbindung von der Innenstadt zum Uni-Campus Lahnberge über den Alten Kirchhainer Weg;
- eine Radschnelltrasse rechts der Lahn, die dem zukünftigen Radverkehr gerecht wird;
- diese Trasse verknüpfen mit der geplanten Brücke am Wehrdaer Weg, bereits realisierten Teilstücken im Lahnvorland und der Radverkehrsachse Wilhelmstraße;
- im Zuge der Neukonzeption des Rudolfplatzes: Prüfen Am Grün bis zur Schulstraße als Fahrradstraße auszuweisen;
- die Leopold-Lucas-Straße im Bereich des Schulzentrums Verkehrs beruhigen und sie als Fahrradstraße ausweisen;
- einen weiteren Ausbau von Abstellanlagen und Radboxen u.a. auch an Park und Ride-Parkplätzen, Busbahnhöfen und Bushaltestellen am Bergfuß;
- die Errichtung von Fahrradstationen am Hauptbahnhof und am Fuß der Oberstadt, z.B. im Erdgeschoss des Parkhauses Pilgrimstein und am Ortenbergaufzug oder auf dem angrenzenden Parkdeck;
- ein flächendeckendes Radverleihsystem in Marburg;
- eine verstärkte Bereitstellung und Nutzung von Elektrofahrräder (Pedelecs), weil sie eine Zukunftsoption für den Verkehr im bergigen Marburg sind;
- die Einrichtung von Ladestationen für Pedelecs;
- eine kostenlose Fahrradhotline (Radverkehr-Kummer-Nummer) bei der Bauverwaltung, bei der die RadfahrerInnen direkt auf Wegeschäden etc. hinweisen können;
- Einbeziehen der Radwege in den Winterdienst;
- eine städtische Prämie zur Anschaffung eines neuen (Elektro-)Fahrrads, wie dies sich mit der sogenannten. „Abwrackprämie für Fahrräder“ bereits bewährt hat.

Wir wollen dem Fuß- und Radverkehr durch den konsequenten Ausbau der Rad- und Fußwege den Straßenraum zurückgeben und seine Attraktivität weiter verbessern. Der Weg in die Innenstadt mit Fahrrad oder zu Fuß, insbesondere auch im Park-and-ride-System muss bequemer, schneller, billiger und angenehmer sein als mit dem Auto.

5. Ein kommunales Mobilitätsmanagement

Um all die oben genannten Aufgaben nachhaltig entwickeln zu können, streben wir die Einrichtung eines kommunalen Mobilitätsmanagements an. Die bessere Organisation und Vernetzung des „Umweltverbundes“, des Fuß- und Radverkehrs sowie des ÖPNV muss zuverlässig gestaltet werden.

Wir GRÜNEN wollen

- ein Mobilitätskonzept für Marburg, das darauf zielt, den motorisierten Individualverkehr durch ein Verkehrs "System" zu ersetzen, das den Mobilitätsbedürfnissen und den verfügbaren Ressourcen von Raum und Energie möglichst gut angepasst ist;
- auch derzeit noch utopisch erscheinende Lösungen wie z.B. ein Stadtbahnssystem oder „Peplemover“ (vollautomatische Züge wie am Frankfurter Flughafen) in die Konzeptionierung mit einbeziehen;
- eine Beteiligung der Wirtschaft an der Planung und Gestaltung;
- betrieblichen Mobilitätsmanagementsystemen mit einer ÖKO Plakette auszeichnen, die z.B. Verkehr reduzierende Leistungen in ihren Betrieben realisiert haben;
- für die Ausgestaltung der alternativen Mobilität auch in der Region mit Partnern (z.B. mit dem Landkreis) kooperieren;
- für die konkrete Umsetzung des Mobilitätsmanagements die Stelle eines/r Mobilitätsbeauftragte/n für Marburg einrichten;
- im Rahmen des Mobilitätskonzeptes den Radverkehrsplan fortschreiben.

Stadt der Bildung

Wissen ist ein zentraler Faktor für den Bestand und die Entwicklung einer Gesellschaft. Die Qualität der Bildung und der Wissenschaft beeinflussen in großem Maße ihre Perspektiven, vor allem in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland. Unsere Zukunft ist deshalb abhängig von dem Bildungsniveau der Bevölkerung und von den Lösungen, die die Wissenschaft für die sozialen, ökonomischen und ökologischen Anforderungen und Probleme entwickelt.

Deshalb sind Investitionen in Bildung und Wissenschaft für die GRÜNEN wesentliche Bestandteile einer nachhaltigen Politik. Kommunalpolitik muss hier ihre Verantwortung erkennen und wahrnehmen, anstatt Bildung nur als Kostenfaktor zu verstehen.

Der möglichst frühe Zugang zu Bildung und die Ermöglichung lebenslangen Lernens sind entscheidend für Chancengleichheit und Zukunftsfähigkeit. Sie sind Voraussetzung und Grundlage für das demokratische Gemeinwesen und die selbstverantwortliche Mitgestaltung der Einzelnen am gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Geschehen. Im Kindergarten werden entscheidende Grundlagen für Lust am Lernen, Sozialkompetenz und gesellschaftliche Integration gelegt.

Von der modernen Schule erwarten wir, dass sie vor allem schülerorientiert arbeitet und sozial gerecht ist. Diese Schule, die unsere Kinder unabhängig von ihrer Herkunft auf die Zukunft vorbereitet und die ihnen alle Chancen öffnet, ist als Ganztageschule organisiert. In ihr werden Kinder individuell gefördert und haben Zeit zum Lernen. Schule muss demokratisch organisiert sein und sich so weit wie möglich selbst verwalten. Die Zukunftschancen unserer Kinder sind unsere zentralen Großprojekte, wir wollen daher in Köpfe statt in Beton investieren.

In Marburg stehen Bildung und Wissenschaft im Zentrum: wir sind eine Stadt der frühkindlichen Bildung, der Schulen, der beruflichen Bildung, der universitären Bildung, der Weiterbildung und der Forschung.

1. Kinder – Frühkindliche Bildung

Die eklatanten Versäumnisse des Landes bei der Förderung und Unterstützung von Kindern im Alter von 0 bis 14 Jahren und ihren Familien können von den Kommunen nicht ausgeglichen werden. Es ist ein Skandal, wie das wichtige Entwicklungsstadium der unter 6-Jährigen vernachlässigt wird wie auch die Einrichtung von Ganztageschulen. Besonders ärgerlich ist der Wortbruch der Landesregierung bei der neuen Mindestverordnung bezüglich eines höheren Betreuungsschlüssels für die frühkindliche Betreuung und Bildung. Sie bestraft Kommunen wie Marburg, die von sich aus und frühzeitig in die Verbesserung der Standards investiert haben und verweigert den zugesagten Zuschuss. Sie belohnt umgekehrt Kommunen, die bisher noch nicht in zusätzliches Personal investiert haben. Vor diesem Hintergrund ist das Ansinnen der CDU Stadtfraktion, das 2. Kindergartenjahr kostenfrei anzubieten, reiner Populismus, der die Versäumnisse der Landesregierung zu überspielen versucht.

Schulgeldfreiheit und die von grün-rot wieder eingeführte Studiengebührenfreiheit sind wichtige Bestandteile einer an Chancengleichheit orientierten Bildungspolitik. Im Sinne der Chancengerechtigkeit müsste es auch selbstverständlich sein, dass es für die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren Gebührenfreiheit gibt. Da Hessen im Unterschied etwa zu Rheinland-Pfalz sich hier aus der Verantwortung zieht, hat die Stadt Marburg versucht, einige der Versäumnisse auszugleichen. Keine hessische Kommune hat so viele Betreuungsplätze geschaffen, moderne Konzepte realisiert und gleichzeitig Angebote der Ge-

sundheitsprävention und frühen Bildung aufgebaut wie die Stadt Marburg unter ihrem GRÜNEN Bürgermeister. Unter GRÜNER Zuständigkeit gab es

- eine immense Ausweitung von Betreuungsmöglichkeiten vor allem für unter 3-jährige Kinder,
- differenzierte Angebote (vom Waldkindergarten über Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft bis Montessorikindergarten), den Interessen von Kindern und Eltern entsprechend,
- Gebührenbefreiung für Familien mit geringem Einkommen;
- gleiche Gebühren für alle Kinderbetreuungseinrichtungen, egal welches Alter die Kinder haben und ob sie bei Tagesmüttern oder in kirchlichen, städtischen oder anderen Einrichtungen betreut werden.

Unsere Betreuungseinrichtungen sind keine Aufbewahrungsanstalten. In der frühen Kindheit werden die Weichen für Teilhabechancen und Zukunftsperspektiven gestellt. Das bedeutet aber nicht, dass Vierjährige Vokabeln pauken müssen. Krippen und Kindergärten sollen vielmehr Orte sein, in denen Spiel, Entdeckung, Erfahrung, Helfen und Bildung im Mittelpunkt stehen. Die vielfältigen und unterschiedlichen Talente aller Kinder, ihre Fähigkeiten, ihre Wissenspotenziale, ihre emotionale und praktische Intelligenz und das soziale Lernen wollen wir frühzeitig, altersgemäß und umfassend wecken und fördern. Wir wollen Eltern und die jeweiligen Fachkräfte dabei unterstützen, diesen Weg qualifiziert mitzugehen. Viele Impulse dafür kommen von freien Trägern der Jugendhilfe.

Kinder brauchen Natur. Wir wollen dazu beitragen, dass alle Kinder sinnliche Erfahrungen in der Natur machen können, dass sie spielend die natürliche Umwelt wahrnehmen und Freiräume gestalten können. Waldtage, Lahnfloß und ähnliche Projekte. sollen daher feste Bestandteile des Kinderalltags sein.

Die Tatsache, dass in unserer Gesellschaft gesunde Ernährung und ein natürlicher Bezug zur eigenen Körperlichkeit nicht selbstverständlich zur Entwicklungsgeschichte unserer Kinder gehört, macht es notwendig, jene zu fördern, deren Voraussetzungen erheblich beeinträchtigt sind. Deshalb wollen wir auch weiterhin Projekte unterstützen zur gesunden Ernährung in Kindertagesstätten, zur Förderung von Kindern psychisch kranker Eltern, zur Drogen- und Alkoholprävention, das Gesundheitsprojekt „Mittendrin“ u.a.

Verstärkt sollen Kinder aus benachteiligten Familien und besonders Kinder, deren Eltern kein oder wenig deutsch sprechen, gezielt gefördert werden, um ihnen die gleichen Chancen wie den anderen Kindern zu ermöglichen. Viele freiwillig engagierte PatInnen tragen dazu bei, die wir weiter unterstützen wollen. Auch die aufsuchende Familienarbeit ist eine dafür wichtige Struktur, die wir ausbauen wollen.

Um Kindern, die aus familiären Strukturen heraus gefallen sind, bessere Entwicklungschancen zu ermöglichen, wollen wir die familienähnlichen Kleingruppen auch weiterhin fördern.

Wir GRÜNEN wollen

- für die 0-3-Jährigen weitere Plätze schaffen. Allein im Krippenbereich wird es statt derzeit 230 Plätze Ende 2011 bereits 310 Plätze geben. Die Anzahl von Plätzen in altersgemischten Gruppen für Kinder unter 3 Jahren wird bis dahin von 82 auf 105 steigen und soll danach noch weiter ausgebaut werden. Die Anzahl der anerkannten Tagesmutterplätze liegt derzeit bei 184 (2006 gab es nur 110), sie soll dem Bedarf entsprechend weiter ausgebaut werden. Der Bund sieht hier eine Quote von 33 % vor, doch der faktische Bedarf in Marburg liegt weit höher. Schon jetzt haben wir die Vorgabe des Bundes mehr als realisiert, Ende 2011 werden es zwischen 38 und 40 % sein. Ein weiterer Ausbau

ist vor allem deshalb erforderlich, weil in Marburg der besondere Bedarf der studierenden Eltern berücksichtigt werden muss;

- Kindergartenhalbtagsplätze auf Ganztagsplätze ausweiten, zwar gibt es für alle 3-6-Jährigen einen Kindergartenplatz, aber nicht für alle ganztägig;
- eine am Bedarf aller GrundschülerInnen orientierte Nachmittagsbetreuung mit Förderung sicherstellen (ein großer Teil davon ist schon realisiert), weil es für Schulkinder aber einen hohen Betreuungsbedarf gibt, das Land bisher nur sehr bescheidene Schritte für den Ausbau von Ganztagschulen unternommen hat. Eltern, die vom Kindergarten oft eine Ganztagsbetreuung gewohnt sind, wissen beim Schuleintritt oft nicht, wie ihre Kinder nachmittags betreut werden sollen.

2. Jugendliche und Schule

Schule soll ein Lebensort für Kinder und Jugendliche sein und keine Lernfabrik. Sie muss ein Ort sein, an dem Kinder und Jugendliche unterschiedlicher sozialer, kultureller, ethnischer und nationaler Herkunft die Möglichkeit haben, sich gemeinsam zu entwickeln, zu lernen und zu leben. Ein Ort, wo alle entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen die ihnen adäquate Förderung erfahren, wo sie in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptiert werden und wo sie sich in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptieren.

Dass dies - wie alle Pisa-Studien gezeigt haben - in Deutschland keineswegs selbstverständlich ist und immer noch die soziale Herkunft für die Bildung und damit die Zukunft der Kinder entscheidet, ist ein Skandal. Wenigstens auf kommunaler Ebene wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, um zumindest partiell die Chancen für unsere Kinder zu verbessern und bestmögliche, qualitativ hochwertige Bildungsangebote zu gewährleisten. Die Trennung von „äußeren Schulangelegenheiten“ (Gebäude, ihre Pflege u.a.), für die die Stadt zuständig ist, und den „inneren Schulangelegenheiten“ (Unterrichtsinhalte, Lehrkräfte u.a.), die in der Zuständigkeit des Landes liegen, erschwert dies und ist immer weniger sinnvoll und zeitgemäß. Die GRÜNEN wollen sich deshalb stärker in die inhaltliche Weiterentwicklung der Marburger Schulen einmischen und fordern ein höheres städtisches Engagement.

Wir GRÜNEN wollen

- dass die Jugendhilfe (wie bereits jetzt in einigen Projekten) neben der Schule verstärkt dazu beiträgt, benachteiligten Jugendlichen bessere Bildungschancen zu eröffnen und sie dabei unterstützt diese auch für sich zu nutzen. Jugendliche benötigen auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes, verantwortungsbewusstes und glückliches Leben die Unterstützung der Politik. Das gilt vor allem für benachteiligte Jugendliche, deren jeweiliges individuelles Potential genauer analysiert werden muss, um es besser zu fördern und zu entwickeln;
- Jugendlichen verstärkt auch im außerschulischen und unorganisierten Bereich die Möglichkeit eröffnen, die Natur als ihre Lebensumwelt wahrzunehmen und zu erfahren, welche Bedeutung der Schutz der natürlichen Bedingungen für ihre Zukunft hat. Die derzeitigen Landeskürzungen beim Jugendwaldheim Rossberg sind mehr als kontraproduktiv;
- die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an der Ausgestaltung ihres Lebensumfeldes deutlich verstärken. Für einen solchen Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten kann an erfolgreiche Strukturen angeknüpft werden, wie z.B. das Kinder- und Jugendparlament, die Beteiligung beim Bau von Spiel- und Bewegungsräumen und den Spiel- und Aufenthaltsorten in der Oberstadt. Daneben müssen auch nicht-institutionelle Beteiligungsformen gefördert werden;

- Kinder und Jugendliche in die Gestaltung der Ganztagschulen verbindlich einbeziehen und ihre großen Potentiale dafür nutzen. Das ist bisher gar nicht oder kaum geschehen;
- die Kooperationsprojekte von Schulen und Trägern der Jugendhilfe, begleitet von der Service-Stelle Jugendhilfe/Schule als unverzichtbare Bestandteile einer Schule der Zukunft stabilisieren und weiter entwickeln. Die Marburger GRÜNEN waren hessenweit Vorreiter bei der Schaffung fester und verlässlicher Kooperationsbeziehungen in Augenhöhe zwischen Schulen und Trägern der Jugendhilfe;
- das Projekt „Sozialpädagogisches Handeln an Schulen“, das sich an den Problemen der Kinder und Jugendlichen und nicht an denen der Institutionen orientiert, ausbauen und weiterentwickeln - auch mit Blick auf die halbherzige und unprofessionelle Planung von Ganztagschulen. Die Stadt Marburg verfügt hiermit über einen weiteren Baustein für eine erfolgreiche, gleichberechtigte, integrierte Kooperation von Schule und Jugendhilfe;
- die Unterstützung von Jugendlichen durch die Jugendberufshilfe für die Realisierung eines erfolgreichen Berufsstarts bedarfsgerecht ausbauen. Es ist ein Skandal, dass in Deutschland 10 % der Jugendlichen keinen Schulabschluss und noch mehr keine Ausbildungsmöglichkeit für einen qualifizierten Beruf haben. Auch wenn die kommunalen Möglichkeiten dafür begrenzt sind, wollen wir die Chancen der betroffenen Marburger Jugendlichen verbessern helfen. Es gibt bereits vielfältige Angebote der Jugendberufshilfe in öffentlicher und freier Trägerschaft (Beschäftigungs- und Ausbildungsprojekte, Qualifizierungsangebote Juko e.V., Stebb und Praxis GmbH), die am Bedarf der Jugendlichen entsprechend weiter entwickelt werden müssen;
- dass sich die Schulen mehr zu ihrem Umfeld, zu Einrichtungen, Vereinen u.a. öffnen für einen lebendigen Austausch und nachbarschaftliche Kooperationen. Schule und Kinder können davon profitieren, z.B. durch die damit gegebene Möglichkeit direkter Beobachtung handwerklicher Tätigkeiten oder Patenschaften für Kinder mit sprachlichen Problemen;
- die Schulvielfalt in Marburg, mit Schulen in staatlicher wie freier Trägerschaft stärken, ausbauen und verbessern;
- den Ausbau der Marburger Schulen zu Ganztagschulen unter Einbeziehung der lokalen Bildungsplanung mit ihren umfangreichen kulturellen, sozialen und sportlichen Angeboten als gleichberechtigtem Partner. Dass die Stadt Marburg als Schulträger weiterhin die Ausstattung der Schulen sowie die Schulraumsituation in Marburgs Schulen verbessert ist für uns GRÜNEN selbstverständlich. Mit der Lokalen Bildungsplanung (LBP) ist es uns seit einigen Jahren gelungen, verschiedene Akteure aus kulturellen, sportlichen und musischen Zusammenhängen in vielfältiger Form in die Schulen zu holen und damit das Lernen der SchülerInnen in die Gemeinde zu öffnen. Die lokale Bildungsplanung darf aber nicht zum Lückenbüßer für Versäumnisse des Landes beim Ausbau der Ganztagschulen werden;
- dass in den nächsten 10 Jahren die inklusive Schule in Marburg Regelschule wird, d.h., dass Kinder mit oder ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet werden. Die nun auch in Deutschland gültige „UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen“ begründet das Recht behinderter Kinder auf gemeinsamen Unterricht in einem „inkluisiven Schulsystem“. Das bedeutet letztendlich die Abschaffung von Sonderschulen. Die Konzepte für die inklusive Schule sollen gemeinsam mit den LehrerInnen, den Eltern- und SchülerInnenvertretungen entwickelt und fachlich unterstützt werden. Die personellen und sachlichen Ressourcen dazu müssen vor allem vom Land den Schulen bald zur Verfügung gestellt werden;

- dass der gesonderte Unterricht der Kinder mit körperlichen Behinderungen schon bald beendet wird. Hier fehlen zumeist nur entsprechende Assistenzen, damit diese Kinder die allgemein bildenden Schulen in Marburg besuchen können;
- dass für einen gemeinsamen Unterricht auch von SchülerInnen mit Lernbehinderungen und dem Bedarf an Erziehungshilfe ein Übergangsszenario gestaltet wird, gemeinsam von Eltern, Kindern und Schulkollegien;
- dass die 6-jährige Grundschule der Otto-Ubbelode-Schule als Regelangebot eines längeren gemeinsamen Lernens erhalten bleibt und weiterhin unterstützt wird. Schon 1985 haben deshalb die Marburger GRÜNEN die 6-jährige Grundschule damals als Modellprojekt bzw. Versuchsschule durchgesetzt;
- dass längeres gemeinsames Lernen ohne frühe Auslese auch in der Integrierten Gesamtschule Richtsberg (IGS- Richtsberg) weiterhin möglich ist und in besonderem Maße gefördert wird. Die IGS-Richtsberg muss eine Sekundarstufe II bekommen, damit mehr SchülerInnen die Chance zum Abitur wahrnehmen, als dies bei einem Schulwechsel nach der 10. Klasse geschieht.
- die Einbeziehung außerschulischer Lernorte, da Lernen nicht nur in der Schule stattfindet. Das Waldschulheim Rossberg ist z.B. für nicht-formales bzw. informelles Lernen wichtig und für ein zum besseres Verständnis von Natur und Umwelt. Es müssen Gelegenheiten vorhanden sein zum Erfahren sozialer Unterschiede und der Notwendigkeit von Solidarität, zum Begreifen von politischen, ökonomischen und ökologischen Zusammenhängen, zum Verständnis der Welt;
- deshalb verstärkt Jugendlichen die Möglichkeit eröffnen, sich sozial zu bewähren durch Engagement und Verantwortungsübernahme für andere und damit selbstbewusst ihre eigenen Fähigkeiten außerhalb des formalen Lernens zu erkunden. Dies sollte nicht nur in längerfristigen und zeitintensiven Formen geschehen wie beim Freiwilligen Sozialen Jahr, sondern auch als Engagement neben der Schule für ein bestimmtes, von ihnen selbst ausgewähltes Projekt beim Sport, bei der Feuerwehr, mit Kindern, mit Älteren u.a. Es gibt viele Jugendliche, die sich freiwillig engagieren würden, wenn sie wüssten wo und wie. Die Kooperationen zwischen der Marburger Freiwilligenagentur und einigen Marburger Schulen zeigt einen Weg dafür, der ausgebaut werden sollte;
- dass rund um die Schulen die Sicherheit der SchülerInnen absoluten Vorrang bei der Gestaltung der Verkehrssituation hat. Aus diesem Grunde fordern wir, dass die Leopold-Lucas-Straße zwischen dem Philippinum, der Elisabethschule und den Kaufmännischen Schulen für den Durchgangsverkehr gesperrt wird, damit sich Schüler und Schülerinnen frei und ungefährdet zwischen den Schulen bewegen können. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Uferstrasse im Bereich der MLS für den Verkehr gesperrt wird. Damit könnte der viel zu kleine Schulhof erweitert werden und die SchülerInnen sich ungefährdet auch auf den (autofreien) Lahnwiesen aufhalten können;
- das Radwegenetz zu und zwischen den Marburger Schulen deutlich verbessern, damit möglichst viele SchülerInnen zur Schule fahren können (s.o. Mobilitätskonzept).

3. Weiterbildung – lebenslanges Lernen

Bildungsmöglichkeiten für alle Phasen des Lebens sind entscheidend für gesellschaftliche Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit aber auch Zufriedenheit der Einzelnen. Sie werden in Marburg von einer Vielzahl öffentlicher und privater Träger angeboten. In diesem Feld tätig ist u.a. das Jugendbildungswerk, die Familienbildungsstätte, die Volkshochschule der Stadt Marburg, die Universität mit öffentli-

chen Veranstaltungen oder auch die Seniorenuniversität. Wer Zeit seines Lebens lernt, dem fällt es leichter als anderen, sich auf Veränderungen einzustellen. Qualifizierung und Neuorientierung werden für jeden Einzelnen immer wichtiger. Eine aktive Weiterbildungspolitik muss auf allen Ebenen erfolgen: in den Schulen, in der Universität, in privaten Weiterbildungseinrichtungen, in der Volkshochschule und in den Bibliotheken der Stadt und der Universität. Eine breite und alle Ebenen einschließende Förderung jeglicher Bildungseinrichtungen muss auch künftig den Bildungsstandort Marburg würdigen.

Wir GRÜNEN wollen

- dass die Weiterbildungslandschaft in Marburg in ihrer Vielfalt erhalten bleibt und entsprechend dem Bedarf ausgebaut wird;
- die Grundlagen für eine bessere Vernetzung zwischen allen Bildungseinrichtungen – der Universität, den Kindertagesstätten, den Schulen, den beruflichen Schulen, der Volkshochschule und den Weiterbildungsstätten – schaffen. Gerade im Bereich der weiterführenden Schulen kann die Vernetzung mit der Universität, etwa durch Schülervorlesungen oder im Rahmen von Propädeutika in der Oberstufe, vorangetrieben werden.

4. Hochschule und Studierende

Marburg ist eine Stadt, die maßgeblich von der Universität, Wissenschaft und Lehre, den dort Arbeitenden, den Studierenden, dem studentischen Leben und der studentischen Kultur geprägt ist. Die Philipps-Universität prägt die Erscheinung und den Charakter der Stadt, durch ihre Größe und Vielfalt, durch die Breite von Studiengängen und Disziplinen, durch ihre knapp 22.000 Studierenden, durch MitarbeiterInnen und Studierende aus vielen Nationalitäten. Die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Philipps-Universität werden durch das breite Spektrum geisteswissenschaftlicher, sozialwissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Fächer bestimmt. Die Marburger Universität muss deshalb eine Voll-Universität bleiben, mit einem breiten Fächerangebot. Die CDU-geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren zahlreiche kleine Institute geschlossen, zum Teil in andere Universitäten verlagert und neue Schwerpunkte gesetzt. Das Konzept war nicht überzeugend und teilweise kontraproduktiv, Einsparungen dürfen nicht zum zentralen Kriterium für Strukturentscheidungen werden, das lehnen wir ab. Auch wenn die Stadt keine unmittelbaren Einflussmöglichkeiten auf die wissenschaftliche und strukturelle Entwicklung der Universität hat, muss sie klar Position beziehen gegenüber dem Land, wenn es darum geht, dass die Marburger Universität auch in Zukunft eine starke Position in Hessen und Deutschland beibehält und nicht weiter beschnitten wird. Dafür werden wir GRÜNEN uns vehement einsetzen.

Forschung und Lehre dürfen nicht privatwirtschaftlichen Zwecken unterworfen und damit der für sie erforderlichen Unabhängigkeit beraubt werden. Für die GRÜNEN hat der Staat hier eine große gesellschaftliche Verantwortung, aus der er sich nicht stehlen darf. Aus unserer Sicht war der Verkauf der Marburger und Gießener Uniklinika durch die CDU-Landesregierung ein gravierender Fehler: dadurch kann die Qualität der medizinischen Versorgung nicht hinreichend sicher gestellt werden, für die Beschäftigten ist das Arbeitsplatzrisiko erheblich gewachsen und wie die Freiheit von Forschung und Lehre weiterhin garantiert werden kann, ist unklar.

Soll die Universität als Ort des gesellschaftlichen Diskurses über die relevanten Fragen unserer Zeit weiterhin bedeutsam sein, so ist ihre demokratische Struktur zwingend notwendig. Die GRÜNEN fordern deshalb Transparenz und ein paritätisches Mitspracherecht aller universitären Gruppen.

Die Bildungsreform der 1970er Jahre hat es erstmals ermöglicht, dass mehr Menschen ohne vermögende Eltern studieren konnten. Die hessische CDU-Regierung wollte diese Chance durch die Einführung von allgemeinen Studiengebühren besei-

tigen. Wir GRÜNEN haben zusammen mit der SPD die Abschaffung der Studiengebühren wieder durchgesetzt. Auch weiterhin wird es allgemeine Studiengebühren mit uns nicht geben.

Wir GRÜNEN wollen

- die Kooperation zwischen Stadt und Universität optimieren. Wir wollen hinsichtlich der Stadtentwicklung, der Kultur, der Wirtschaftsentwicklung, der Wohnmöglichkeiten vor allem für Studierende und der Lebensqualität Marburgs gemeinsamen Lösungen und zukunftsweisende Konzepte entwickeln. Dazu gehören umfassende wechselseitige Informationen und Beratungen;
- auch nur kurzfristig in Marburg lebende Studierende und WissenschaftlerInnen in das Leben der Stadt einbeziehen und ihre Potentiale nutzen. Der damit verbundene Wechsel und die Dynamik machen einen Teil des besonderen Reizes unserer Stadt aus, sie stellen sie aber auch vor besondere Herausforderungen. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, hier anzukommen und dazu zu gehören. Auch Menschen, die nicht ihr ganzes Leben lang Marburgerinnen und Marburger sind, sollen am Leben in der Stadt teilnehmen und sich einbringen können. Nur wenn es gelingt, kulturell Anspruchsvolles, Innovatives, aber auch Ungewohntes miteinander zu verbinden und zu optimieren, wird Marburg weiterhin für kreative Köpfe aus aller Welt zu einem attraktiven Arbeits- und Lebensumfeld;
- zur Verbesserung der Kommunikation mit den BürgerInnen der unterschiedlichen Nationalitäten, dass in öffentlichen Einrichtungen der Universität, wie etwa Museen oder Ausstellungen englischsprachige Erläuterungen selbstverständlich werden;
- dass nach der gemeinsamen Planung die Stadt und die Universität den Umbau zur Campus-Universität am Alten Botanischen Garten und auf den Lahnbergen weiter gemeinsam vorbereiten und deren Umsetzung gegenüber der Landesregierung zeitnah und forciert betreiben;
- dass der Neue Botanische Garten auf den Lahnbergen weiterhin als wissenschaftliche Einrichtung, aber auch als Lern- und Erholungsort für die Marburger Bevölkerung erhalten bleibt und durch das Land gefördert wird;
- die Möglichkeiten erweitert sehen, um vorhandene Ansätze zum Wissens- und Technologie-Transfer aus universitärer Grundlagenforschung auch jenseits von unmittelbar wirtschaftlichen Verwertbarkeitskriterien auszubauen und zu intensivieren;
- die Belange der in Marburg lebenden Studierenden grundsätzlich bei allen kommunalen Planungen berücksichtigt wissen. Dazu sollen auch regelmäßige Gespräche mit den gewählten VertreterInnen der Studierenden im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) stattfinden;
- die seit Jahren geäußerte Forderung der Studierenden nach ökologischer und regionaler Versorgung in den Mensen unterstützen und Kooperationsstrukturen fördern helfen mit den in diesem Feld bereits erfolgreich arbeitenden Kindertagesstätten;
- für ausreichende und vielfältige Wohnmöglichkeiten für Studierende auch zukünftig sorgen (s.o. Stadtentwicklung). Das derzeitige erhebliche Anwachsen der Studierendenzahlen macht es besonders dringlich, dass studentisches Wohnen auch im und in der Nähe zum Stadtgebiet bezahlbar bleibt. Dabei müssen auch die besonderen Bedarfe von Studierenden mit Kindern berücksichtigt werden;

- erreichen, dass sich die Stadt verstärkt bei der Universität für allgemeine und spezifische Weiterbildungsangebote einsetzt;
- erreichen, dass die Stadt die Universität verstärkt dabei unterstützt, Marburg als Ort für die Ausrichtung wissenschaftlicher Kongresse attraktiver zu machen.

Stadt der Kultur

Marburgs Kultur ist geprägt von Offenheit, Vielfalt und Experimentierfreude, wichtige Voraussetzungen für eine lebendige und zukunftssträchtige Kultur. In unserer Stadt sind alle kulturellen Sparten und Richtungen vertreten: traditionelles modernes und experimentelles Theater, Musik von der Klassik bis zum Pop, Literatur und Bildende Kunst. Das breit gefächerte Angebot hat eine bemerkenswerte Qualität und stößt auf hohe Akzeptanz bei Menschen aller Altersgruppen und aller sozialer Schichten. Die Universität und vor allem ihre Studierenden spielen für das kulturelle Leben Marburgs eine wichtige Rolle. Sie sind gleichzeitig Adressaten wie Initiatoren vieler kultureller Ereignisse und tragen maßgeblich zu dem spezifischen Flair bei, dem kulturellen Klima und den spezifischen kulturellen Angeboten Marburgs, besonders im Bereich der Soziokultur. Es ist aber ein Irrtum wenn angenommen wird, die soziokulturellen Angebote seien nur für das studentische Publikum bedeutsam. Interessiert sind alle Altersgruppen, von SchülerInnen aus der Stadt oder der Umgebung bis SeniorInnen.

Die über die Stadt verteilten freien Träger der Soziokultur, das KFZ, die Waggonhalle, das Trauma im G-Werk aber auch das Hessische Landestheater, German Stage Service und die Musikschule sichern die Qualität und Vielfalt des Marburger Kulturlebens. Wir GRÜNEN werden uns wie bisher dafür einsetzen, dass diese Kultur auch in Zukunft zuverlässige Weiterentwicklungschancen hat und werden dafür Sorge tragen, dass die Voraussetzungen dafür erhalten und gestärkt werden. Wir haben bereits in den vergangenen fünf Jahren erreicht, dass durch zusätzliche Projektförderungen und die stetige Anhebung der Grundförderung der Kulturretat auf ca. 4 % gestiegen ist. Damit ist es der rot-grünen Koalition gelungen, die wertvolle, überzeugende und wegweisende Arbeit der Kulturprojekte abzusichern und tragfähige Entwicklungsperspektiven zu entwickeln.

Darüber hinaus wollen wir eine Zusammenarbeit der verschiedenen kulturellen Strömungen fördern. Unsere Stadt muss offen sein für neue Kunstformen und innovative kulturelle Strömungen und Initiativen.

Die Entfaltung der Kultur und die Teilhabe möglichst vieler BürgerInnen daran, werden auch in Zukunft von der Förderung durch öffentliche Zuschüsse abhängig sein, die transparent und nachvollziehbar erfolgen muss. Zwar sollten Menschen, die über genügend Geld verfügen, auch ihren Beitrag dazu leisten, aber für die Weiterentwicklung der Marburger Kultur sind öffentliche Zuschüsse unabdingbar. Für uns Marburger GRÜNEN ist eine Erhöhung des Kulturretats auf mindestens 5 Prozent des städtischen Haushalts gemäß der Empfehlung des Deutschen Städtetags dringend notwendig. Der Kulturbetrieb ist für seine Arbeit auch auf das Sponsoring der Wirtschaft angewiesen, als Ergänzung zu den von Land und Kommune bereitgestellten Mitteln. Wichtig dafür ist die Schaffung eines günstigen „Sponsoring-Klimas“ durch Politik und Verwaltung. Mit der Gründung einer Bürgerstiftung könnten weitere Mittel den sozialen und kulturellen Initiativen zugute kommen.

Das Waggonhallenareal auf dem alten Bahngelände in der Nordstadt eignet sich mit seiner Stadtnähe, den industriekulturellen Bauten und der bereits erfolgenden Nutzung als Ort der Kultur in besonderer Weise für die Gestaltung eines wichtigen Kultur- und Freizeitgeländes. In Kooperation mit verschiedenen Kulturträgern und Anbietern unterschiedlicher Freizeitangebote, wie z.B. Kletter- und Sportvereinen möchten wir einen attraktiven, kulturellen und sportorientierten Freizeitort gestaltet sehen. Wir GRÜNEN werden uns deshalb dafür einsetzen, dass das Gelände und die darauf stehenden Gebäude nicht weiter verfallen und gemeinsam mit den Beteiligten zügig ein Gesamtkonzept für das Gelände in die Wege leiten.

Der Kulturladen KFZ ist ein weit über Marburgs Grenzen hinaus bekannter soziokultureller Ort, der allerdings seit Jahren an seine räumlichen Grenzen stößt. Beim Umbau der Stadthalle zu einem modernen, multifunktionalen Veranstaltungszentrum wollen wir deshalb das KFZ mit neuen Räumen baulich integrieren. Dies verschafft dem KFZ die Möglichkeit in Zukunft größere Konzerte, Festivals und Events anzubieten. Diese Neustrukturierung

der Stadthalle kommt aber nicht nur dem KFZ zugute, sondern macht auch die Stadthalle insgesamt attraktiver. Und die Nähe zum neuen Campus am Alten Botanischen Garten wird weiter zu ihrer Aufwertung beitragen.

Wir GRÜNEN wollen

- eine Erhöhung des Kulturetats auf mindestens 5 Prozent des städtischen Haushalts;
- dass Förderrichtlinien für die Kulturförderung entwickelt werden, die die städtische Bezuschussung transparent machen;
- gemeinsam mit den Trägern und KulturakteurInnen den interkulturellen Dialog und den kulturellen Austausch fördern;
- Offenheit für neue Kunstformen und innovative kulturelle Strömungen;
- ein erweitertes Angebot an internationaler Live-Musik (Rock / Pop / Jazz / Hip Hop etc.) und an Open Air-Veranstaltungen unterstützen;
- dem Sektor „Neue Medien“ mehr Beachtung schenken;
- uns dafür einsetzen, dass das Waggonhallenareal für Kultur und Freizeitaktivitäten genutzt und entsprechend gestaltet wird;
- dass beim Umbau der Stadthalle zu einem modernen, multifunktionalen Veranstaltungszentrum der Kulturladen KFZ mit neuen Räumen baulich integriert wird;
- Kultureinrichtungen und Vereine darin unterstützen, dass Jugendliche auch in den Stadtteilen angeregt werden, sich für Kultur zu interessieren und über kreative Gestaltungsmöglichkeiten verfügen.

Stadt aller Generationen und der Solidarität

Ziel GRÜNER Politik ist es, nachhaltige Bedingungen für ein gesundes Leben in einer gesunden Umwelt zu schaffen. Es geht um die Ermöglichung körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens, in allen Lebensphasen und Lebenssituationen, auch bei Krankheit und Gebrechen. Dies ist eine permanente Herausforderung, der wir uns wieder stellen wollen. Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit sind das Fundament. Vor allem die Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt sind oder ohne fremde Hilfe kein eigenständiges Leben führen können, wollen wir unterstützen und uns für ein solidarisches Zusammenleben engagieren.

Die Marburger GRÜNEN haben bereits wichtige Etappen dieses Ziels erreicht: Marburg ist eindeutiger Vorreiter für neue soziale Ansätze und Initiativen in Hessen. Auch in den nächsten 5 Jahren wollen wir Familien, Kinder, Jugendliche, Senioren und Menschen mit besonderem Hilfebedarf dabei unterstützen, ein möglichst chancengleiches, fröhliches, teilhabendes und zufriedenes Leben zu realisieren. Wir können in Marburg dabei auf eine große Anzahl von Trägern und Einrichtungen bauen, die mit kreativem Engagement innovative Lösungen für zahlreiche und vielfältige Angebote im gesamten Sozialbereich geschaffen haben.

1. Kinder und Familien

Unterstützung der Kinder im vorschulischen Alter und Unterstützung ihrer Familien bedeutet vor allem, hinreichende und verlässliche Betreuungs- und Fördereinrichtungen bereit zu stellen. In welchem herausragenden Umfang die Stadt Marburg unter GRÜNER Verantwortlichkeit dies tut und weiter auszubauen gedenkt haben wir bereits im Kapitel 'Stadt der Bildung', ausgeführt.

2. Jugendliche

Vor allem benachteiligte Jugendliche brauchen auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes, verantwortungsbewusstes und glückliches Leben in dieser Gesellschaft Unterstützung. Die CDU-geführte Bundes- ebenso wie die Landesregierung verweigert ausgerechnet diesen jungen Menschen die erforderliche Unterstützung. Mit ihren Haushaltsbeschlüssen hat die Bundesregierung nicht nur den Familien, die es wirklich brauchen, faktisch das Elterngeld entzogen, sondern der nachwachsenden Generation insgesamt die Verantwortung für die Bewältigung der Finanzkrise aufgebürdet. Und die Mittel für die Bildung haben trotz hehrer Ankündigungen der Bundesregierung und der Landesregierung nur eine bescheidene Dimension. Gleichzeitig hat die hessische Landesregierung – wie bereits vor einigen Jahren - die Sozial- und Bildungsprogramme radikal gekürzt und damit vor allem jenen Jugendlichen geschadet, die eine starke Unterstützung für eine realistische Lebensperspektive brauchen.

Auch wenn uns bewusst ist, dass die Stadt diese Fehler, Versäumnisse und Kürzungen nicht kompensieren kann, wollen wir uns der Verantwortung stellen und die Jugendlichen bei ihrem Erwachsenwerden unterstützen.

Wir GRÜNEN wollen

- dass Jugendliche über eigene Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Freizeit und für außerschulische Aktivitäten verfügen, damit sie ihre Potentiale entfalten, ihre Subjektivität und Kritikfähigkeit entwickeln und festigen und zu starken Persönlichkeiten wachsen können. Sie brauchen pädagogik- und erwachsenenfreie Räume, nicht-kommerzielle, frei zugängliche Aufenthaltsmöglichkeiten

ten für ihre selbstbestimmten Lernprozesse in Gleichaltrigengruppen. Dazu gehören Sport- und Bolzplätze und öffentliche Plätze für gesellige Treffen, Jugendräume und offene Angebote in Jugendeinrichtungen. Weil viele Jugendliche den Strukturen von Vereinen und Verbänden sehr reserviert gegenüber stehen, sollen - mit dem Kooperationsprojekt des bsj und den Sportverbänden - Vereine besser in die Lage versetzt werden, sich gegenüber den neuen Jugendszenen zu öffnen und diesen offene Angebote zu machen;

- dass Jugendpolitik deutlicher die unterschiedlichen Vorstellungen und Bedürfnisse von Jungen und Mädchen, von jungen Frauen und jungen Männern wahrnimmt. Bei allen Angeboten der Stadt wie der freien Träger sollen deshalb geschlechtsspezifische Aspekte beachtet werden, sowohl bei Regelangeboten wie bei speziellen Förderungsmaßnahmen. Die unterschiedlichen Voraussetzungen und Wege des Aufwachsens von Mädchen und Jungen müssen deutlicher in den Blick genommen werden, um angemessene Angebote für beide Geschlechter zu machen. Wie bisher schon für Mädchen muss die Jugendhilfeplanung vermehrt im Blick haben und handeln, wenn Jungen einer besonderen Unterstützung bedürfen;
- dass die Jugendhilfe in Kooperation mit den vorhandene Beratungsstellen prüft und gegebenenfalls tätig wird, ob es weiteren Unterstützungsbedarf für Mädchen und Jungen geben muss, die in besonderer Weise unter körperlicher oder seelischer Gewalt leiden oder Opfer von Missbrauch waren oder sind;
- dass Jugendliche, deren Entwicklung durch besondere Schwierigkeiten belastet ist, durch ambulante und Lebenswelt orientierte Hilfsangebote unterstützt werden; das gilt auch für ihre Erziehungsberechtigten. Wir setzen uns deshalb für die Projekte „Drachenherz“ beim Blauen Kreuz“, „Auszeit“ beim bsj und für die Weiterentwicklung solcher Angebote ein, die Kinder und Jugendliche aus belasteten Zusammenhängen in ihrer Entwicklung begleiten und stärken und die Familienkompetenzen für die Problembewältigung weiterentwickeln, z.B. mit Projekten wie ‚Starke Eltern, starke Kinder‘;
- dass gefährdete Jugendliche und Jugendliche, die zu Gewalt und Kriminalität neigen, rechtzeitig die erforderliche Hilfe und Unterstützung für ein verantwortungsbewusstes und selbstbestimmtes Leben erhalten. Soziale Integration und eine lebensweltliche und berufliche Perspektive müssen dabei im Zentrum stehen. Eine Öffnung der kulturellen, sportlichen, sozialen, ökologischen und kirchlichen Einrichtungen und vor allem der Vereine für diese Jugendlichen ist die Voraussetzung dafür. Dies ist, wie Untersuchungen zeigen, der beste Garant dafür, dass sich Jugendliche von Gewalt und Kriminalität fernhalten. Dafür setzen wir uns ein und unterstützen die Modellvorhaben;
- dass auch suchtgefährdete und drogenabhängige Jugendliche eine gute Perspektive für ihr Leben entwickeln können. Wir werden uns für den Auf- und Ausbau einer kommunalen Präventionsstrategie mit einer stärkeren Vernetzung der verschiedenen Akteure (Ev. Sucht- und Drogenberatungsstelle, Blaues Kreuz, Kontaktladen der Aids-Hilfe, Drogenkonsumraum) einsetzen, damit diese Jugendlichen die erforderliche Beratung und Hilfe erhalten. Dazu gehört auch die frühe und intensive Förderung von Kindern und Jugendlichen in sog. Problemfamilien, Elternberatung usw. ;
- dass die sozialpädagogische Betreuung jugendlicher Straftäter mit der Begleitung bei der Ableistung von Arbeitsstunden etc. und der Täter-Opfer-Ausgleich wie bisher unterstützt und den Erfordernissen angepasst werden;
- die in Marburg seit vielen Jahren sehr erfolgreiche Arbeit und für Hessen vorbildlich ausgebildeten Streitschlichter und Mediatoren an Schulen weiterführen und weiterentwickeln, dies gilt auch für Busbegleiter und Buslotsen;

- ohne die Situation zu dramatisieren, Jugendliche, die Probleme mit Gewalt und Kriminalität haben, durch die Förderung einer „Kultur des Hinsehens“ dabei unterstützen, sich den Weg in die Zukunft nicht zu verbauen. Mit der „Kultur des Hinsehens“ soll dazu beigetragen werden, dass mehr Erwachsene und Jugendliche sich für diese jungen Menschen verantwortlich fühlen und ihnen auch Grenzen bewusst machen.

3. Kranke und Menschen mit Behinderung

Alle BürgerInnen sollen die Chance und die Voraussetzungen für ein selbständiges und unabhängiges Leben haben. Vor allem für diejenigen, die dabei Unterstützung brauchen, weil sie krank, geistig, körperlich oder seelisch behindert sind, wollen wir die erforderlichen Hilfen zur Verfügung stellen und die Strukturen ihren Bedürfnissen entsprechend anpassen. Dabei gilt es einerseits dafür Sorge zu tragen, dass Basisbedürfnisse befriedigt werden können wie z.B. der Zugang zu Bildung und Kultur, zu Lebensmitteln, zur Gesundheitsversorgung usw. Zum anderen sind die öffentlichen Gebäude und Plätze so zu gestalten, dass sie von kranken und behinderten Menschen ohne größere Probleme genutzt werden können. Und schließlich müssen die Möglichkeiten für selbstständiges Wohnen deutlich ausgeweitet werden. Wir haben in Marburg in den letzten Jahren viel erreicht, aber noch nicht genug, damit die Teilhabe behinderter und kranker Menschen am ‚normalen‘ Leben in unserer Stadt ohne Barriere möglich wird.

Der demographische Wandel macht auch vor Marburg nicht Halt. Die wohnortnahe Gesundheitsversorgung wird in einigen Gebieten prekär, weil in den ländlichen Außenstadtteilen immer weniger ÄrztInnen praktizieren und die wachsende Zahl Hochaltriger nicht mit dem eigenen Auto nach Marburg zum Arzt fahren kann. Hier sind Lösungen zu entwickeln, die auch anderen, in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen, zugute kommen. Eine relativ einfache Möglichkeit ist die Verbesserung der Fahrmöglichkeiten zu den zahlreichen ÄrztInnen der Innenstadt z.B. durch Anrufsammeltaxis, Rufbusse oder Bürgerbusse. Zum anderen müssen alternative, gut erreichbare Formen der Gesundheitsbetreuung entwickelt werden. Eine Möglichkeit könnte das Konzept „Gemeindepflege“ sein: ausgebildete Krankenpflegekräfte sollen die medizinische Grundversorgung in enger Kooperation mit einem Hausarzt (der nicht dauerhaft vor Ort ist) übernehmen, ähnlich wie die frühere Gemeindepflege. Eine andere Möglichkeit wäre das Konzept der „ÄrztInnen auf Rädern“, die an festen Tagen der Woche Sprechstunden für Menschen in der Gemeinde abhalten. Ort für eine solche Sprechstunde könnte das Haus einer betreuungsorientierten Wohngruppe (s.u.) sein, an das auch die ambulante Pflege gebunden wäre. Wenn solche Strukturen etabliert werden können, wird es auch keine Schwierigkeiten bei der Lieferung von Arzneimitteln geben durch Fahrdienste der Apotheken.

Solche Formen der Gesundheitsversorgung kommen nicht nur kranken und älteren Menschen, Müttern und Vätern mit Kleinkinder zugute, sondern auch Menschen mit Behinderung. Für sie muss darüber hinaus der öffentliche Raum umgestaltet und mehr Möglichkeiten für selbstständiges Wohnen geschaffen werden, damit sie nach ihren Vorstellungen leben und an den kulturellen, sozialen und geselligen Ereignissen in unserer Stadt teilhaben können.

Wir GRÜNEN wollen

- dass der Behindertenbeirat und der Seniorenbeirat an der Entwicklung der Konzepte und an stadtgestalterischen Maßnahmen wie in der Vergangenheit beteiligt wird und die Angemessenheit der Maßnahmen prüft;

- dass alle öffentlichen Räumlichkeiten und Einrichtungen barrierefreie Zugänge erhalten und darüber hinaus auch private Einrichtungen und Veranstalter die Zugangsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung verbessern;
- dass die Teilnahmemöglichkeiten an den kulturellen, sportlichen, politischen u.a. Veranstaltungen und Ereignissen der Stadt (z.B. Nacht der Kulturen) auch dadurch optimiert werden, dass neue und kreative Gestaltungsmaßnahmen öffentlich ausgezeichnet werden, die dem Ziel dienen, die Zugangsmöglichkeiten für behinderte Menschen zu verbessern;
- dass die freie Verfügbarkeit und die Entscheidung für Pflegemaßnahmen durch das ‚persönliche Budget‘ für alle berechtigten Personen möglich wird;
- dass die Mobilitätsbedingungen im öffentlichen Personennahverkehr und auf öffentlichen Straßen, Plätzen und Wegen weiter verbessert werden. Dazu gehören u.a.: barrierefreie Busse, Absenkung von Bordsteinen und vor allem der behindertengerechte Ausbau des Marburger Bahnhofs. Solange dies noch nicht realisiert ist, muss ein Überqueren der Gleise möglich sein;
- dass der bestehende Mangel an bezahlbaren und zentrumsnahen barrierefreien Wohnungen auch mit städtischer Initiative und städtischen Zuschüssen behoben wird. Dabei ist auch das Wohnumfeld behindertenfreundlich zu gestalten;
- dass der Zugang von behinderten Menschen zur Erwerbsarbeit auch durch die Stadt unterstützt wird;
- dass die von Trägern unabhängige Beratungsmöglichkeit verbessert wird. Dafür soll das Beratungszentrum am Rudolfplatz - BIP - erweitert und das ganze Spektrum der Beratung auch für Kranke und Menschen mit Behinderung angeboten werden.

4. Menschen am Rande der Gesellschaft

Auch wenn die Maßnahmen der schwarz-gelben Regierung derzeit immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft drängen, wollen wir auf kommunaler Ebene alles tun, damit die Schere zwischen arm und reich hier in Marburg nicht weiter auseinander geht. Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, haben wenig Geld, sind zumeist ausgeschlossen von Arbeit, von Bildung, von den Grundbedingungen für ein gesundes Leben, und von politischer und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen dazu beitragen, dass diese MitbürgerInnen Chancen für ein eigenständiges Leben erhalten, in ihren Kompetenzen gestärkt und ihre Teilhabe- und Zugangsmöglichkeiten an den kulturellen, sozialen und anderen Einrichtungen der Gesellschaft besser werden. Deshalb haben die GRÜNEN bereits in der Vergangenheit die Arbeit der Gemeinwesenprojekte, die Projekte der Sozialen Stadt und der Beschäftigungsgesellschaften unterstützt und zu deren Weiterentwicklung beigetragen. Mit unserer Unterstützung ist auch die Anlaufstelle für Wohnungslose ausgebaut worden. Wo die Stadt bereit ist, Unterstützung zu leisten, erweist sich die Landesregierung als Bremser. Sie schiebt die Entscheidung für Maßnahmen der Sozialen Stadt im Waldtal und im Stadtwald auf die lange Bank. Und die Bundesregierung hat die Mittel für die soziale Infrastruktur einfach gestrichen.

Wie erfolgreich diese Projekte sein können, hat sich am Richtsberg gezeigt. Deshalb müssen diese Strukturen erhalten und in Stadtbezirken wo dies erforderlich ist, fortentwickelt werden, entsprechend den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen.

Wir GRÜNEN wollen

- die in den letzten Jahren ausgebauten Hilfen für Obdachlose, Nichtsesshafte und Durchreisende – die Tagesanlaufstelle, die Obdachlosenunterkünfte, das Übernachtungsheim für Obdachlose, die Suppenküche - weiter unterstützen. Weitere Übernachtungsmöglichkeiten und das Projekt gegen den Erfrierungstod (für Wohnsitzlose mit Tieren) müssen weiter ausgebaut werden;
- dass die Tagesanlaufstelle der Aidshilfe, Safeway und der geplante Konsumraum weiter gefördert bzw. realisiert werden;
- dass der Stadtpass vor allem auch diesem Personenkreis besser bekannt und zugänglich gemacht wird;
- dass der Kreis der NutzerInnen des Stadtpasses erweitert wird;
- dass die Stadtpassinhaber größere Vergünstigungen bei der Nutzung des ÖPNV erhalten und damit ihre Mobilitäts- und Teilhabemöglichkeiten verstärkt werden;
- Angebote wie Tafel und Kulturloge, die leider in unserer Gesellschaft unverzichtbar geworden sind, weiterhin unterstützen;
- dass im Rahmen der „Sozialen Stadt“ - trotz der Kürzungen der Bundes- und Landesregierung - die Projekte am Richtsberg möglichst fortgesetzt und neue im Waldtal und im Stadtwald entwickelt und umgesetzt werden.

5. Ältere Menschen

Das Bild und die Situation von älteren Menschen haben sich in den letzten Jahren sehr verändert: Wir werden immer älter, sind auch länger gesund. Ältere Menschen gestalten das Leben aktiv oft bis ins hohe Alter, engagieren sich für ihre Familien, aber auch für andere und in gesellschaftlichen Projekten. Bei sich verschlechternder körperlicher und geistiger Verfassung im hohen Alter gibt es einen wachsenden Bedarf an Pflege und Hilfe, die zumeist durch Familienangehörige erfolgt, unterstützt durch professionelle Dienste. Aber immer öfter haben alte Menschen keine Angehörigen mehr, die sie begleiten und betreuen könnten.

Fast alle älteren Menschen möchten selbstbestimmt leben, gleichgültig ob sie noch aktiv sind oder Unterstützung und Hilfe brauchen. Sie möchten ihre Fähigkeiten, ihre Erfahrungen und ihr Wissen für sich selbst und andere einsetzen. Auch wenn dies nur noch eingeschränkt möglich ist, wollen sie möglichst in ihrem vertrauten Umfeld weiter leben. Das ist ein eindeutiger bundesweiter Trend und das zeigen auch die jüngsten Befragungen in den Stadtteilen.

Diese veränderten Bedingungen und Vorstellungen vom Leben im Alter machen eine andere Politik für ältere Menschen notwendig und erfordern von Allen Lernprozesse und beträchtliche Anpassungsleistungen - jeder wird zum ersten Mal alt –

GRÜNE Altenpolitik geht deshalb von folgenden Grundsätzen aus:

- Kommunale Altenpolitik muss sich an der Bedürfnislage der älteren Bürgerinnen und Bürger orientieren und die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen bzw. ermöglichen.
- Sie muss die unterschiedlichen Interessen, Traditionen, Lebensformen und die damit verbundene Vielfalt der Bedürfnisse älterer Menschen, auch von Migrantinnen und Migranten berücksichtigen.

- Sie muss die gerade im Alter wachsende Notwendigkeit von sozialen Bezügen und der Anpassung an die stetigen Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen beachten.
- Bei der politischen Gestaltung von Rahmenbedingungen sind die betroffenen Personen, ihre Angehörige und Seniorenorganisationen sowie Einrichtungen, Vereine und Initiativen, die Angebote für ältere Menschen vorhalten, einzubeziehen;
- Für Marburg als Oberzentrum ist die Zusammenarbeit mit dem Landkreis und den Nachbarkommunen unabdingbar, auch im Hinblick auf dort bereits realisierte, interessante Projekte.
- Die Kommune kann nicht alle Voraussetzungen für Selbstbestimmung im Alter in eigener Regie schaffen. Aber sie muss sich als Impulsgeber der Altenpolitik verstehen, sowohl hinsichtlich der erforderlichen Angebote wie auch ihrer Qualität.
- Auch wenn die Stadt keine rechtliche Kompetenz zur Durchsetzung von Qualitätsstandards hat, kann sie Einfluss nehmen durch eine vorbildhafte Arbeit städtischer Einrichtungen, durch neue Ansätze und durch die öffentliche Diskussion und Bewertung der Qualitätsstandards.
- Ein unabhängiges Beratungsangebot für ältere Menschen, wie es seit kurzem auch vom BIP ermöglicht wird, ist von großer Wichtigkeit. Es muss Angebote geben bezogen auf das Interesse, sich für andere zu engagieren, bezogen auf den Wunsch, ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung zu führen und hinsichtlich der Vorsorge für einen bestehenden oder zukünftigen Bedarf an Unterstützung und Hilfe usw.

Lange Eigenständigkeit, die Einbindung in soziale Bezüge und die Mitgestaltung des sozialen und gesellschaftlichen Lebensumfelds machen nicht nur zufriedener, sondern reduzieren auch das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Die Marburger GRÜNEN wollen deshalb die Voraussetzungen dafür in vielfältiger Weise unterstützen und fördern.

Wir GRÜNEN wollen

- bessere Informationen, Beratungen und Angebote für eine Vorbereitung auf den Lebensabschnitt Alter durch die Stadt in Kooperation mit Gewerkschaften, Arbeitgeber, Familienbildungsstätte, VHS und anderen in diesem Bereich tätigen Institutionen;
- bessere Informationen und Angebote zum gezielten Training von Körper und Geist durch die Stadt in Kooperation mit Sportverbänden, Ärzten, VHS, Fitnessstudios, , usw.;
- dass Strukturen der Mitbestimmung und Mitgestaltung nicht nur der individuellen Lebenssituation ausgebaut und neu entwickelt werden im Seniorenbeirat, durch Runde Tische, durch Stadtteilkonferenzen, usw.;
- dass Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement Älterer in Kooperation mit der Freiwilligenagentur verbessert werden, durch Öffnung der Institutionen, Freiwilligenmanagement in den Vereinen/Verbänden, besondere Freiwilligentage;
- dass es eine gezielte Unterstützung von Nachbarschaftsstrukturen und Seniorenengagementschaften gibt;

- mehr Transparenz für Ältere bei der Information über Bildungsangebote von VHS, Familienbildungsstätte, Seniorenuniversität, Qualifizierungsprogramm der Freiwilligenagentur usw.;
- verbesserte Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten von Älteren im Bereich der Kultur;
- dass bestehende gemeinsame Aktionen von jung und alt (Patenschaften, Mehrgenerationenhaus und andere Projekte gestärkt und neue entwickelt werden.

Die Bedürfnisse eigenständig und selbstbestimmt in der eigenen Wohnung zu leben, muss kommunale Altenpolitik auch dann respektieren und unterstützen, wenn Pflege, ergänzende Hilfe und Betreuung erforderlich werden. Kommunale Altenhilfe soll sich deshalb daran orientieren, dass für einen so weit wie möglich selbst gestalteten Lebensalltag die dafür notwendigen unterstützenden Hilfen vorhanden sind. Weder unzulängliche Bedingungen der Wohnung (gehbehinderte Person im 4. Stock ohne Aufzug), noch die Notwendigkeit umfassender Pflege oder der Wunsch der Angehörigen dürfen der Grund dafür sein, dass eine pflegebedürftige Person gegen ihre eigenen Wünsche in ein Pflegeheim gehen muss.

Wir GRÜNEN wollen

- dass die kommunale Altenpolitik umfassend Pflege, Wohnraumanpassung, Hilfeleistung für die Alltagsgestaltung usw. informiert und berät und den unterschiedlichen individuellen Situationen gerecht wird. Es ist eine bessere Vernetzung mit freien Trägern und mit den im Kreis vorhandenen Kompetenzen sicherzustellen. Gute Ansätze dafür gibt es im neuen Beratungszentrum BIP.
- dass es eine Vielfalt an Unterstützungs- und Hilfeleistungen gibt und wenn erforderlich neu entsteht, damit die hilfebedürftigen Personen Wahlmöglichkeiten haben;
- sicherstellen, dass dies für alle Bereiche der Alltagsbewältigung gilt, d.h. auch für die sogenannten niedrig-schweligen Dienste wie Hilfen im Haushalt und Garten, bei Behördenangelegenheiten, usw.;
- dass es ein hinreichendes Angebot an Wohnraumberatung und Wohnungsbörsen gibt, um notwendige Veränderungen akzeptabel zu gestalten. Dies soll sich nicht nur auf die Umgestaltung der vorhandenen Wohnung beziehen, sondern auch auf alternative Wohnmöglichkeiten, allein, in Wohngemeinschaften, Hausgemeinschaften, Wohnquartieren usw. ;
- dass bestehende, geplante und weitere alternative Wohnangebote wie WOGE, Ockershäuser Alle usw. durch die Stadt aber auch durch Wohnungsbau-gesellschaften unterstützt werden;
- dass die wohnortnahe ärztliche Versorgung sichergestellt wird;
- dass wohnortnahe Rehabilitation zur Wiedererlangung von Kräften und Fähigkeiten möglich gemacht wird;
- dass es ausreichende Angebote teilstationärer Pflege (Kurzzeit-, Tagespflege u.a.) gibt;
- dass die guten Beispiele zum aktiven Alter, zur ambulanten Versorgung usw. in einer lokalen Datenbank präsentiert und Interessierten zugänglich gemacht werden.

Die Mehrzahl älterer Menschen möchte auch bei Pflegebedürftigkeit nicht in Heimen leben, weil sie befürchten, ihre Eigenständigkeit, die Selbstbestimmung und Nähe zum sozialen Umfeld zu verlieren. Diese Einschätzung ist nicht unberechtigt. Deshalb muss kommunale Altenpolitik dafür Sorge tragen, dass die stationäre Altenpflege diesem Bedürfnis durch eine neue Qualität Rechnung trägt, neben hinreichenden Möglichkeiten für ambulante Pflege und Versorgung. Für uns GRÜNE N ist diese neue Qualität stationärer Versorgung in Marburg ein wesentliches Element einer auf die Zukunft gerichteten Altenpolitik. Der Bau oder Ausbau größerer Pflegeheime steht diesem Ziel im Wege, weil dadurch Überkapazitäten geschaffen werden, die das Angebot an wohnortnahen Einrichtungen gefährden oder verhindern. Im Interesse ihrer älteren BürgerInnen sollte die Stadt deshalb Qualitätsmerkmale für die stationäre Versorgung entwickeln und propagieren.

Wir GRÜNEN wollen

- dass stationäre Versorgung in kleinen Wohneinheiten als betreuungsorientierte Hausgemeinschaften stattfindet;
- dass diese Wohneinheiten dezentral, möglichst für alle Stadtteile zur Verfügung stehen;
- und dass sie in die Wohnquartiere eingebunden sind;
- dass die BewohnerInnen so weit als möglich an einer selbstbestimmten Gestaltung des Alltags beteiligt werden;
- dass ihre noch vorhandenen Kompetenzen und Fähigkeiten ihrem Bedürfnis entsprechend eingesetzt, mobilisiert und aktiviert werden;
- dass der Lebensalltag in den Wohneinheiten in die örtliche Gemeinschaft eingebunden wird und eine möglichst große Nähe zu ‚normalen‘ Lebensbedingungen besteht;
- dass an die Wohneinheiten möglichst auch weitere Dienstleistungen für den Stadtteil angebunden werden, wie die ambulante Versorgung Pflegebedürftiger oder Beratungsangebote, weil so auch die Angehörigen, Nachbarn und Ehrenamtliche in die Alltagsgestaltung besser mit einbezogen werden können. Davon profitieren auch die Stadtteile, sie werten sie als Wohnorte auf und können Anker sein für vielfältige weitere Angebote vor Ort;
- in Marburger Stadtteilen dem jeweiligen Bedarf entsprechend wohnortnahe stationäre Versorgungsstrukturen mit jeweils maximal 10 bis 12 Plätzen schaffen. Sie könnten, neben den genannten Angeboten, mit anderen öffentlichen Einrichtungen und Angeboten vor Ort vernetzt sein, wie Kindergärten, Schulen, Schulkantinen, Bibliotheksangeboten usw.;
- dass die Marburger Alterhilfe St. Jakob die treibende Kraft für diese Entwicklung ist;
- dass in bestehenden Pflegeheimen neue Wohnstrukturen und Wohngemeinschaften auch für Menschen, die einen hohen Hilfebedarf haben (z.B. Wohngemeinschaften für Demenzkranke) entstehen.

Stadt des nachhaltigen Tourismus, der Freizeit und des Sports

Marburg ist eine touristisch attraktive Stadt und lädt mit seiner schönen Umgebung und Sehenswürdigkeiten zum Urlauben ein. Dabei hat insbesondere auch die Weiterentwicklung kultureller Angebote und die ökologische Stadtentwicklung eine hohe Bedeutung für die zukunftsorientierte Stärkung der touristischen Attraktivität. In erster Linie lebt Tourismus aber auch von neuen Ideen und Innovationen. Ein wichtiges Stichwort für uns GRÜNEN ist der barrierefreie Tourismus. Hier wurden in Marburg bereits Maßstäbe durch das neue Hotel „Kornspeicher“ gesetzt, dass von Menschen mit Behinderung für Menschen mit Behinderung betrieben wird.

Auch der Tourismus kann nachhaltig gestaltet werden: sozial gerecht und kulturell angepasst, ökologisch tragfähig sowie wirtschaftlich sinnvoll und ergiebig sein. Mit diesem Anspruch wollen wir Marburger GRÜNEN unseren örtlichen Tourismus gestalten.

Wir sind sicher, dass wir damit auch attraktiver nicht nur für inländische, sondern auch für ausländische Gäste werden. Denn immer mehr Gäste aus dem Ausland finden den Weg nach Marburg. Sie kommen als Touristen oder als Kongress- bzw. TagungsteilnehmerInnen für einige Tage, als Studierende für einige Jahre oder leben als MitarbeiterInnen internationaler Firmen oder WissenschaftlerInnen mit ihren Familien für längere Zeit in Marburg. Für alle spielen die Besonderheiten der Stadt eine bedeutsame Rolle: neben den einzigartigen Baudenkmalern und den mittelalterlichen Straßen und Häusern ist Marburg eine Stadt am Berg umgeben von Bergen, eine Stadt der Treppen, eine Stadt, die öffentliche Aufzüge als Verkehrsmittel einsetzt und in Zukunft – wenn es nach den GRÜNEN geht - auch eine Seilbahn. Diese Besonderheiten wollen wir besser verbunden sehen mit freundlichem Empfang, Gastfreundschaft und Verständigungsbereitschaft, damit die Besucher sich emotional wohlfühlen und Marburg positiv erleben. Dann werden sie ein positives Bild von Marburg in die Welt tragen und als MultiplikatorInnen für Marburg wirken.

Ein Beitrag dazu sollen zweisprachige Schilder (Deutsch und Englisch) an und in touristisch interessanten Ausstellungen, Gebäuden, Sehenswürdigkeiten sein, die ausländischen Gästen zukünftig die Orientierung in Marburg erleichtern. Die Stadt sollte auch die Universität, die Deutsche Bahn und andere private Einrichtungen dafür gewinnen, dort wo es wichtig sein könnte, zweisprachige Schilder aufzustellen.

Weil nachhaltiger Tourismus gelernt sein muss, wollen wir Marburger GRÜNEN besondere Angebote für Schulklassen machen. In Marburg sollen sie erfahren können, dass auch Klassenfahrten ohne Billigfliegen interessant sein können und Spaß machen. Sie sollen erfahren können, was aktiver Klimaschutz beinhalten kann, wie Renaturierung von Flüssen geschieht, welche Folgen Flächenverbrauch hat, was Bausünden sind, wie Mobilität anders gedacht werden kann usw. Und natürlich, wo Natur und Stadt ganz nahe sind, welche kulturellen Angebote und selbstverständlich auch, welche Kneipen und Diskos es in Marburg gibt, usw. Für solche Klassenfahrten müssen einerseits die SchülerInnen durch entsprechende attraktive Programme gewonnen werden. Andererseits müssen durch Konzepte und Planungsangebote auch die Lehrkräfte ermutigt werden, ihre SchülerInnen auf alternative Klassenfahrten mitzunehmen. Hier sehen wir eine wichtige Aufgabe des MTM, solche Konzepte und Angebote zu entwickeln und dafür zu werben.

Bei nachhaltigem Tourismus darf Wander- und Fahrradtourismus nicht fehlen. Bereits jetzt ist Marburg gut mit der Bahn zu erreichen und wir haben ein breites Radwegenetz realisiert. Unser Ziel ist es aber, dass möglichst alle Ausflugsziele autounabhängig zu erreichen sind. Dazu ist einerseits der Fahrradverleih auszubauen, andererseits müssen die Wegemarkierungen verbessert werden, z.B. auf den Lahnbergen.

Bisher haben mit dem Fahrrad anreisende Touristen zu wenig Beachtung gefunden. In der Marburger Innenstadt gibt es kein Fahrradhotel, in dem Gäste, die mit Fahrrad oder Kanu auf der Lahn unterwegs sind, für kleines Geld übernachten, ihr Fahrrad abstellen, ggf. war-

ten und reparieren können oder ihr Kanu für den nächsten Tag lagern können. Obwohl es nicht in die Zuständigkeit der Stadt fällt, sehen wir es als ihre Aufgabe, Private zu ermuntern, ein entsprechendes Hotelangebot in der Innenstadt, am besten in Weidenhausen zu schaffen.

Sport

Sport und Bewegung spielen in Marburg eine große Rolle. Kommunale Sportpolitik heißt für uns vor allem, neue Bewegungsräume in Wohnquartieren zu schaffen bzw. bei der Umgestaltung von öffentlichen Räumen auf die Möglichkeit zur sportlichen Nutzung zu achten. Eine Tischtennisplatte oder ein Basketballkorb, eine Boulebahn oder ein aufgemaltes Tor auf einer Wand animieren zu sportlichen Aktivitäten.

Vor allem Kinder und Jugendliche, die in sportlicher Hinsicht unterdurchschnittlich aktiv sind, wollen wir mit solchen wohnortnahen Planungen zu Bewegungsaktivitäten anregen und damit präventiv gegen Bewegungs- und Gesundheitsdefizite vorgehen. Bewegung und Sport stärken nicht nur das körperliche, sondern auch das seelische Wohlbefinden, das Selbstbewusstsein und fördern die soziale Kompetenz sowie Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft.

Sportpolitik bedeutet für uns GRÜNEN natürlich auch, den Vereinssport weiter zu stärken. Es gibt viele Sportangebote in einer großen Anzahl engagierter Vereine, sowohl im Spitzen- wie im Breitensport.

In kaum einem anderen Bereich engagieren sich so viele BürgerInnen sowohl finanziell wie ehrenamtlich. Eine besondere Anerkennung verdienen Vereine, die große Kinder und Jugendabteilungen unterhalten oder im Bereich Behindertensport besonders aktiv sind. Weil immer mehr junge Sportvereinsmitglieder einen Migrationshintergrund haben, sind gemeinsame sportliche Aktivitäten in Vereinen heute ein wichtiges Instrument kommunaler Integrationspolitik. Dieses soziale integrative Engagement in Sportvereinen wollen wir verstärkt fördern.

Der 2010 vorgelegte Sportentwicklungsplan hat neben vielen interessanten Anregungen eine Debatte um den weiteren Ausbau der Sportstätten ausgelöst. Wir befürworten die notwendigen Investitionen in Renovierungen vorhandener Sporthallen und den Neubau einer weiteren Sporthalle. Daneben werden wir auch förderungsfähige Sportvereine bei ihren Bauvorhaben unterstützen.

Wir GRÜNEN wollen

- dass die Stadt Marburg nachhaltige touristische Angebote bereithält (z.B. auch Tourenvorschläge für Wander- und Radtourismus);
- dass ökologische und barrierefreie Tourismuskonzepte gefördert werden;
- dass an allen relevanten Gebäuden und bei Ausstellungen Schilder angebracht werden, die in deutsch und englisch informieren;
- dass die Stadt Konzepte für nachhaltige Klassenfahrten nach Marburg entwickelt und Marburg zum gleichermaßen attraktiven wie erholsamen und spannenden Lernort für umweltbewusstes Reisen macht;
- dass Radleihmöglichkeiten verbessert werden;
- dass die Kennzeichnung der Wander- und Spazierwege besser wird;
- dass Marburg ein innerstädtisches Rad- und Kanu-Hotel erhält;
- dass mehr Bewegungsräume in Wohnquartieren und auf Grünflächen geschaffen werden;

- verstärkte Förderung der Vereine, die große Jugendabteilungen unterhalten, im Behindertensport aktiv sind und zur kommunalen Integration beitragen;
- dass für junge und die ältere Menschen gezieltere Sportangebote geschaffen werden;
- dass der Ausbau der Marburger Sportstätten bedachtsam und effizient erfolgt.

Stadt der Kommunikation

In der Verwaltung wollen wir den Einsatz möglichst quelloffener und freier Software fördern. Dies hat den Vorteil, dass trotz vergleichbarer Leistungsfähigkeit, die nicht unerheblichen Lizenzgebühren der bestehenden Softwaresysteme eingespart werden können. Beispielsweise wird für die öffentliche Verwaltung in München auf Initiative der GRÜNEN die schrittweise Umstellung der Softwaresysteme vorangetrieben. Auf der Grundlage vieler Erfahrungen in anderen Städten können auch in Marburg erprobte und effiziente Umstellungsprozesse imitiert und umgesetzt werden.

Medienkompetenz ist eine wichtige Schlüsselqualifikation zur Kommunikation und Information sowie zur Teilhabe an der Informationsgesellschaft. Die Kompetenzförderung ist für alle Gesellschafts- und Altersgruppen von großer Bedeutung. Die Stadt unterstützt hierfür die vielfältigen Initiativen und Einrichtungen, die die Medienkompetenz der verschiedenen Gesellschaftsgruppen stärken.

Die neuen Kommunikationstechnologien ermöglichen neue Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Information und Partizipation. Die Möglichkeiten des Internets sind verstärkt in Informations- und Planungsprozesse einzubeziehen und zu nutzen. Die kommunale Verwaltung muss diese Möglichkeiten umfassend einsetzen, um so die neuen Möglichkeiten für effizientes und bürgernahes Handeln optimal zu nutzen.

Möglichst alle Informationen über kommunales Handeln sind den BürgerInnen öffentlich zu machen, wenn nicht in Persönlichkeitsrechte eingegriffen wird. Dabei ist die Nutzerfreundlichkeit der Informationssysteme kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Mit neuen Diskussions- und Beteiligungsforen sollen die BürgerInnen zusätzliche Möglichkeiten bekommen aktiv in den Meinungsbildungsprozess einzugreifen und Ihre Vorstellungen, Fragen und Meinungen in den Diskussionsprozess einzubringen. Grundlegend hierfür ist zwingend die Barrierefreiheit im Netz, damit auch Menschen mit Behinderung Zugang zu den kommunalen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten bekommen.

Möglichst viele Behördengänge sollten über das Internet erledigt werden können. Hierfür sind nutzerfreundliche und effektive Angebote zu entwickeln. Persönlichkeitsrechte sowie der Datenschutz sind dabei zwingend zu berücksichtigen.